

Parlament

Worb, 23. Juni 2026

439. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 22. Juni 2026, 19:30 Uhr
Sitzungsende	22:30 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Marchand Andy (FDP), Präsident
1. Vizepräsidentin	Moser-Utiger Silvia (EVP)
2. Vizepräsident	Bützberger Ernst (Mitte)
1. Stimmzählerin	Günther Charlotte (SP)
2. Stimmzähler	Steinmann Hans Ulrich (SVP)
Mitglieder	Ataç Şengül (Grüne) Brincker Julia (Grüne) Burkhard Urs (Grüne) Gerber-Maillefer Myriam (Grüne) Kühni Reto (Grüne) Mosimann Heidi (Grüne) Bieri Marianne (FDP) Eberhart Marc (FDP) Gasser Thomas (FDP) Hager Rolf (FDP) Stucki Daniel (FDP) Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Graf Stefan (GLP) Jost-Pfister Catarina (GLP) Spahr Daniela (GLP) Stähli Naemi (Mitte) Wyss Eduard (Mitte) Zürcher Deborah (parteilos) Bigler Markus (SVP) Brentani Barbara (SVP) Fivian Hans Ulrich (SVP) Juliano Philipp (SVP) Meister Stefan (SVP) Moser Stefan (SVP) Reber Markus (SVP) Thomet Katharina (SVP) Wenger-Steiger Sybille (SVP) Federer Guido (SP) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Wirth Alfred (SP)

	Wyss Ursula (SP)
Abwesend	Hofmann Danilo (Mitte) Maurer Rolf (SP)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Fivian Bruno Gerber Urs Lanfranconi Elena Moser Christoph Zingg Stephan
Abwesend	Hauser Adrian
Abteilungsleitende	Bergius Elke, Leiterin der Bauabteilung (bis 20.48 Uhr; Geschäft Nr. 3) Geser Nicole, Leiterin der Abteilung öffentliche Sicherheit Leiser Stephan, Leiter der Sozialdienste (bis 20.48 Uhr; Geschäft Nr. 3) Reusser Christian, Gemeindeschreiber Weil Jonas, Leiter der Finanzabteilung (bis 21.30 Uhr; Geschäft Nr. 4)
Sekretariat	Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 16. März 2026: Genehmigung
3. 12/10/7 Verwaltungsberichte
Verwaltungsbericht 2025: Genehmigung
4. 21/20 Gemeinderechnungen
Jahresrechnung 2025: Genehmigung
5. 10/10/11 Sportzentrum Worb AG
"Sanierung 'Wislepark': Separate Abstimmungen über die Projekte 'Schwimmbad' und 'Kunsteisbahn'", Motion der Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
6. 13/10 Verwaltungsorganisation
"Entwicklung der Verwaltungskosten und externe Dienstleistungen", Postulat der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
7. 16/31/9 Projektwochen, Landschulwochen
"Streichung des Skilagers Rüfenacht", Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme
8. 16/71 Freihandbibliothek
"Weiterentwicklung der Bibliothek Rüfenacht nach einem Umzug ins Zentrum", Postulat der Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
9. 31/40 Öffentlicher Verkehr, Fahrpläne
"Tramlinie 6 - abendlicher 15-Minuten-Takt bis Rüfenacht (und Worb)", Postulat der Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
10. 56/13/0 Verkehrssicherheit
"Sicherheit und Durchgangsverkehr: Nimmt die Gemeinde ihre Verantwortung wahr?", Interpellation der SP-Fraktion: Stellungnahme
11. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 439	22.06.2026	1	2025/28-87	38856	12/0/0

Ratspräsident Marchand Andy: Ich bitte euch, den Freitag, 16. Oktober 2026, weiterhin warm zu halten für unseren Ratsausflug. Ich habe es schon angetönt, wir sind am Freitagnachmittag eingeladen, in Bern Schutz und Rettung anschauen zu dürfen. Ich bekomme wohl nächste oder übernächste Woche definitiv Bescheid, welche Teile sie uns zeigen werden. Das wäre in der Grössenordnung etwa ab 15.00 Uhr. Sobald ich die Details habe, erlaube ich mir mit grosser Wahrscheinlichkeit, weil jetzt eine Sommerferienpause kommt, euch per Mail das Programm zukommen zu lassen, mit einem Anmelde-link, wo ihr dann auch sagen könnt, ob ihr am Nachmittag teilnehmen könnt und/oder nachher beim anschliessenden Abendessen. Ich bin froh, wenn ihr euch den 16. Oktober 2026 für den Parlamentsausflug reservieren würdet.

Hodler Adrian, ASK: Die Aufsichtskommission ist noch bis Ende August die kommunale Datenschutzaufsichtsstelle und in den vergangenen Monaten hat sich die ASK vertieft mit dem Thema Datenmanagement in der Gemeindeverwaltung auseinandergesetzt. Die ASK hat also ganz allgemein ein bisschen angeschaut, wie in der Gemeindeverwaltung mit Daten umgegangen wird. Hier ein paar Fragen, die sich die ASK in diesem Zusammenhang gestellt hat. Wie sind zum Beispiel die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten betreffend Datenmanagement in der Gemeinde geregelt, wie wird sichergestellt, dass Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung für Themen wie Umgang mit Daten, Datenschutz etc. sensibilisiert werden und sich der Wichtigkeit dieser Themen bewusst sind? Wie erfolgen Erfassung, Aufbewahrung und Verarbeitung von Daten. Gibt es interne Richtlinien dazu? Wie wird eine nachvollziehbare Dokumentation bei den gemeindeinternen Datenverarbeitungsprozessen sichergestellt? Wie läuft die Archivierung ab? Was für Massnahmen werden ergriffen, damit die Vertraulichkeit und die Integrität von Daten eingehalten werden? Gibt es einen Notfallplan bei einem Cyberangriff oder bei gröberen Datenpannen etc. Diese und noch wesentlich mehr Fragen haben wir zusammen mit Christian Reusser, der in der Gemeindeverwaltung für einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang mit Daten verantwortlich ist, diskutiert. Bei dieser Gelegenheit hat die ASK auch einen Einblick bekommen in die Informatiklösungen, die von der Gemeinde verwendet werden und hat aufgezeigt bekommen, wie darin die Nachvollziehbarkeit von Änderungen an Dokumenten und interne Verknüpfungen von Geschäften funktionieren. Anhand des Austauschs mit Christian Reusser ist die ASK zum Schluss gekommen, dass die Gemeinde für das Thema Umgang mit Daten sensibilisiert ist. Dazu ein paar Eckpunkte, es ist zum Beispiel geregelt, wer innerhalb der Gemeindeverwaltung Zugriff auf welche Daten hat und wer die allenfalls auch bearbeiten kann. Wer zum Beispiel mit physisch vorhandenen, besonders schützenswerten Daten hantiert, muss diese über die Nacht einschliessen, elektronische Daten werden in einem spezialisierten externen Rechenzentrum gespeichert. Ein anderes Thema ist zum Beispiel Freigaben für grössere Zahlungen, unterliegen dem 6-Augen-Prinzip und wir haben auch festgestellt, dass für Angestellte der Gemeinde Online-Lernangebote zum Thema Datenschutz und Datensicherheit verfügbar sind. Der Anlass für die vertieften Abklärungen war ursprünglich der Umstand, dass bei mehreren Kreditabrechnungen, die deutlich nach dem Ende des Projekts vorgelegt wurden, bei der Gemeinde niemand mehr Auskunft geben konnte, wer jetzt für gewisse Entscheide verantwortlich war oder warum etwas so und so entschieden wurde. Das hat natürlich Fragen aufgeworfen, wie in der Verwaltung die Daten gesammelt wurden und aufbewahrt werden oder eben nicht. Aus Sicht der ASK kann man sagen, hat sich die Situation in dieser Hinsicht verbessert. Wenn die heute vorhandenen Verfahren und technischen Hilfsmittel auf der Gemeindeverwaltung konsequent eingesetzt werden, dann sollte es in Zukunft möglich sein, auch für uns, die wesentlichen Entscheidungen und Vorgänge nachvollziehen zu können. Die Situation, dass bei einer Kreditabrechnung niemand mehr eine Ahnung hat, sollte sich also in Zukunft nicht mehr wiederholen.

Aus Sicht der ASK ist die Gemeindeverwaltung im Bereich Datenmanagement und Datenschutz gut unterwegs. Es sind zahlreiche Massnahmen ergriffen worden, damit die von der Gemeinde bearbeiteten Daten jetzt und in Zukunft sicher und vor unbefugtem Zugriff geschützt sind. In diesem Zusammenhang möchten wir auch noch insbesondere Christian Reusser danken, der innerhalb der Verwaltung dafür sorgt, dass dem Thema auch die notwendige Beachtung geschenkt wird. Die ASK ermutigt die Gemeinde auch weiterhin, proaktiv auf einen sorgfältigen Umgang mit Daten hinzuwirken. Jetzt der langen Rede kurzer Sinn, die ASK ist zum Schluss gekommen, dass im Moment im Bereich Datenmanagement, Datenschutz keine weiteren Massnahmen notwendig sind, falls es natürlich Fragen gibt, steht die ASK gerne zur Verfügung. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich gebe gerne die neue Departementszuteilung bekannt, die ja aufgrund des Rücktritts von Urs Gerber und des Neueintritts von Myriam Gerber vorgenommen wurde. Präsidiales da bin ich Departementsvorsteher, Stellvertreter ist Christoph Moser, nachher bei den Finanzen ist Stephan Zingg und die Stellvertreterin ist Elena Lanfranconi, Bau ist Bruno Fivian, Stellvertreter ist Adrian Hauser, Umwelt ist gerade umgekehrt, Adrian Hauser ist Departementsvorsteher und Bruno Fivian ist der Stellvertreter, nachher Bildung ist Christoph Moser, Stellvertreterin ist Myriam Gerber, Soziales ist Myriam Gerber, Departementsvorsteherin, und Stellvertreter ist Stephan Zingg, Sicherheit ist Elena Langenfrancoi Departementsvorsteherin und ich bin dort der Stellvertreter und bei der Planung bin ich Departementsvorsteher und Christoph Moser ist der Stellvertreter. Die neue Departementszuteilung, die gilt ab dem 1. August 2026. Ich danke Urs Gerber ganz herzlich für die wertvolle Arbeit, die du im Departement Sicherheit seit 2016 und auch im Gemeinderat geleistet hast, herzlich danke. Danke auch für die immer angenehme Zusammenarbeit im Gemeinderat. Ich habe das sehr zu schätzen gewusst, mit dir zusammen unterwegs zu sein. Ich freue mich jetzt auf den gemeinsamen Weg mit dir, Myriam Gerber, und wünsche dir schon jetzt viel Freude und viel Erfolg im Departement Soziales und dir, Elena, wünsche ich einen guten Wechsel und dann nachher auch viel Erfolg und Befriedigung im Departement Sicherheit.

Burkhard Urs, Grüne: Lieber Urs, heute verabschieden wir dich aus dem Gemeinderat. Nach vielen Jahren Einsatz für Worb gibst du dein Amt weiter. Das ist ein guter Moment, um Danke zu sagen. Danke für die Zeit, die du investiert hast, danke für die Verantwortung, die du übernommen hast und danke für die ruhige und verlässliche Art, mit der du dein Amt ausgeübt hast. Die Politik war für dich immer Dienst an der Gemeinschaft und dieses Verständnis hat deine Arbeit geprägt. Der Wein, den wir dir heute schenken werden, trägt den Namen Khayyâm, er kommt von einem Weingut, das eine Philosophie hat, die mir für diesen Anlass passend erscheint. Auf dem Weingut setzt man nicht einfach auf Tempo und Effizienz um jeden Preis, ein Teil der Rebberge wird bis heute mit dem Pferd bewirtschaftet, nicht weil man muss, sondern weil man überzeugt ist, dass manches besser gelingt, wenn man sich Zeit nimmt und im richtigen Rhythmus arbeitet und das erinnert mich stark an die lokale Politik. Die wirklich guten Entscheidungen entstehen selten im Galopp, sie brauchen Geduld, Beharrlichkeit und manchmal auch die Bereitschaft, einen Weg zu wählen, der vielleicht nicht der schnellste, aber der nachhaltigste ist, und eine nachhaltige Politik ist immer auch eine Politik für Menschen. Deine Fähigkeiten aufmerksam zuzuhören, sorgfältig abzuwägen, ruhig zu vermitteln, nach Lösungen zu suchen und Konflikte zu entschärfen, sind enorm wichtig in der Politik und gleichzeitig werden sie seltener. Und wenn man viele Jahre Verantwortung getragen hat, darf man sich irgendwann noch die Frage stellen, wofür man dann die neu gewonnene Zeit einsetzen möchte. Der Namensgeber des Weins, der persische Dichter Omar Khayyam, hat die Auffassung vertreten, dass Zeit ein kostbares Gut ist und dass man die guten Momente des Lebens nicht auf später verschieben sollte. So wünschen wir dir darum, dass jetzt wieder etwas mehr Zeit bleibt für die Familie, die Freunde, die Hobbys und all die Sachen, die in einem vollen politischen Kalender manchmal zu kurz kommen. Doch ganz so einfach wird der Abschied eben dann doch nicht, denn deine Nachfolge im Gemeinderat übernimmt ja deine Frau. Du verlässt also die politische Bühne, aber bei euch wird die Traktandenliste weiterhin präsent sein. Und vielleicht ist auch das die schönste Form einer Staffelübergabe, du kannst einen Schritt zurücktreten und gleichzeitig sehen, wie das Engagement für die Gemeinde weitergetragen wird. Lieber Urs, wir danken dir herzlich für deinen Einsatz für Worb, für deine Kollegialität, für deine vielen Jahre im Dienst der Öffentlichkeit. Wir wünschen dir beste Gesundheit und viele unbeschwerte Stunden, um den Wein, ganz im Sinne seines Namensgebers, in guter Gesellschaft zu öffnen und den Moment zu geniessen.

Gerber Urs, Gemeinderat: Merci für die liebenswerten Worte. Es ist immer gut zurück zu treten, es wird immer gut geredet, aber das nehme ich gerne entgegen. Der Entscheid für den Rücktritt ist mir natürlich nicht leicht gefallen. Die Zeit im Gemeinderat war wirklich ausserordentlich wertvoll und lehrreich. Es gibt aber sicher auch gute Gründe, in meinem Amt als Schulinspektor bin ich sehr gefordert und zusammen mit dem Vollzeitamt und daneben der Gemeinderat ist einfach in letzter Zeit immer ein bisschen schwieriger zu vereinbaren gewesen, das ist der eine Grund und der andere wichtige Grund ist sicher, dass ich der Überzeugung bin, dass so neuneinhalb Jahre gerade gut sind für mich und dass auch Platz für neue Perspektiven geschaffen werden soll, also irgendwann muss man dann auch mal gehen. Zu den prägenden Erfahrungen in meiner Amtszeit waren sicher die partizipativen Verfahren, die Mitwirkungsverfahren, bei denen die Bevölkerung aktiv in die Gestaltung unserer Gemeinde einbezogen wurde, und dort hat mich sehr beeindruckt, zu erleben, mit welcher Kreativität, mit welchem Engagement und auch mit einem Willen zu guten Lösungen diese Leute gearbeitet haben, wenn es eben überhaupt ermöglicht wird. Und diese Prozesse haben mich der Überzeugung bestärkt, dass gute Kommunalpolitik unter anderem auch dann gelingt, wenn sie nahe an den Menschen bleibt. Ebenso lehrreich waren die vertieften Einblicke, die ich in die vielfältigen Facetten der Gemeindeführung erhielt. Ich habe viel gelernt über kommunale Entscheidungen, über das Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und Bevölkerung. Besonders am Herzen liegen mir die konkreten Projekte. Man hat mich immer gefragt, was man denn konkret machen kann, damit irgendetwas auch da ist, dass das Leben irgendwo ein bisschen verbessert, so hoffe ich wenigstens. Und etwas vom Ersten, übrigens eine Idee, die aus der Sicherheitskommission damals kam, war die Installation der Defibrillatoren in allen Quartieren und Dorfteilen. Wir sind jetzt flächendeckend versorgt, dann konnten wir den Notfalltreffpunkt aufbauen, die Pilzkontrolle war etwas Kleineres. Und auch die Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, die wir jetzt praktisch flächendeckend haben bei allen denen, die es wollen. Sehr erfreut bin ich über die Resultate unserer vertieften interkommunalen Zusammenarbeit. Wir konnten den Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei in der Region Konolfingen, mit Münsingen, Konolfingen und eben auch Worb und den vielen kleinen Gemeinden realisieren. Die Zivilschutzorganisation arbeitet eng zusammen mit der ZSO Aaretal und Kiesental und kommt immer näher zusammen und die Feuerwehr, die mit einer Strategie gut für die Zukunft aufgestellt ist, hat eine gute Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen schon immer gehabt und hat auch das Ziel, die Kooperation noch auszubauen. Ich möchte dem gesamten Gemeinderat herzlich danken. Die Gemeindeverwaltung, die Zusammenarbeit war von gegenseitigem Respekt, grossem Engagement und einem gemeinsamen Willen zur konstruktiven Lösungsfindung geprägt und es war mir eine Freude, in diesem Kreis mitzuwirken. Der Gemeinderat unter der Führung von dir, Niklaus, als Gemeindepräsident. Das war für mich in hohem Mass ein Vorbild für eine konstruktive und verantwortungsvolle Führungskultur. Die Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat aus den verschiedenen Parteien, sie sind ja bunt gemischt, mit den total differierenden Standpunkten, zumindest zum Teil, die waren immer gut und die werden mir ganz sicher fehlen. Ein besonderen Dank gilt Nicole Geser. Als Abteilungsleiterin hat sie den politischen Ideen die nötige fachliche Tiefe gegeben. Ohne ihren grossen Einsatz und das grosse Engagement ihrer Stellvertreterin, Marianne Fankhauser, und ihres Teams der Abteilung öffentliche Sicherheit hätte nichts umgesetzt werden können. Und wenn man dann mal nicht weitergewusst hat, dann konnten die Gemeinbeschreiber Christian Reusser und Jürg Bigler immer sagen, wie man auch noch weiterfahren könnte, auch euch, du bist jetzt da, Christian, bin ich sehr dankbar. Die Sicherheitskommission hat die Geschäfte jeweils unter die Lupe genommen und dazu beigetragen, es zu verbessern, manchmal entscheidend. Sie haben mich auch manchmal aufgeregt. Aber die demokratischen Prozesse sind einfach wichtig, und das Resultat war eben ein besseres Geschäft, und dafür bin ich auch sehr dankbar. Ausserordentlich Freude habe ich daran, dass Myriam meine Nachfolge antritt. Aus Erfahrung weiss ich, dass du eine ausgezeichnete Wahl bist, für mich in allen Belangen die Beste. Ja, vieles bleibt noch zu machen. Angefangene Projekte des Departements Sicherheit werden unter der Leitung von Elena neuen Schwung bekommen. Du wirst neue Vorhaben entwickeln und umsetzen. Ich wünsche dir ganz viel Erfolg dabei. Und euch allen, die im Parlament und in Kommissionen tätig sind, zum Wohl der Bevölkerung, danke ich vielmals für eure Arbeit. Ich wünsche mir, dass es gelingt, Worb als attraktive, nachhaltige und zukunftsfähige Gemeinde zu entwickeln und dass es gelingt, weiterhin nahe bei den Menschen zu sein.

Protokoll der Sitzung vom 16. März 2026: Genehmigung

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 2	Beschlussnummer 2025/28-88	Geschäftsnummer 38856	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Verwaltungsbericht 2025: Genehmigung

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 3	Beschlussnummer 2025/28-89	Geschäftsnummer 361	Archivnummer 12/10/7
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	------------------------	-------------------------

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Hodler Adrian, ASK: An der Sitzung vom 15. Juni 2026 haben sich die GPK und die ASK über den Verwaltungsbericht ausgetauscht, die ASK hat den Verwaltungsbericht 2025 anschliessend noch vertieft angeschaut. Ich fasse jetzt die Beratungen zusammen und stelle dann auch gleich die Fragen, die die ASK bzw. die GPK hatte und dann würde ich bei der departementsweisen Beratung auf weitere Wortmeldungen von Seiten der ASK verzichten. Insgesamt darf ich festhalten, dass die beiden Kommissionen richtiggehend Freude am Verwaltungsbericht 2025 hatten. Der Bericht ist solid, ausführlich, nachvollziehbar, gut strukturiert und informativ. Das Ampelsystem und die prägnanten Erklärungen, was gelaufen ist oder was dann noch laufen wird, geben einen guten Überblick über die Tätigkeit der Verwaltung im letzten Jahr und erläutern nachvollziehbar, warum das eine oder andere Ziel halt noch nicht ganz erreicht werden konnte. Ich gehe den Bericht jetzt kurz departementsweise durch und stelle je nach dem, wenn nötig, die entsprechenden Fragen und mache Anmerkungen. Wir fangen vorne an, Departement Präsidiales, Seite 13, Ziel 1.3, der Masterplan Digitalisierung ist da vor einem Jahr genehmigt worden und wir haben uns gefragt, was steht in dieser Digitalisierungsstrategie und was für Massnahmen sind seither umgesetzt worden. Dann auf Seite 14 weiterhin Departement Präsidiales Jungbürgerfeier, da haben wir uns gefragt, ob es bestimmte Gründe gegeben hat für die geringe Beteiligung an der Jungbürgerfeier. Die Kommissionen bedauern, dass die Feier nicht stattgefunden hat und wir würden es begrüssen, wenn die Feier in Zukunft wieder durchgeführt werden könnte. Wir haben uns auch gefragt, ob es allenfalls irgendwie möglich wäre oder nötig, dass man das Programm anders oder attraktiver gestalten könnte, sodass das Interesse wieder steigt. Nachher Departement Finanzen, Seite 17 des Verwaltungsberichts, da ist der Kommission einfach aufgefallen, dass die Ziele sehr allgemein formuliert erscheinen und zudem wünscht sich die ASK, dass die Optimierung der Mehrwertsteuersituation, das Ziel 1.2, möglichst rasch abgeschlossen werden kann, weil man da allenfalls noch irgendwelche Sachen zurückfordern kann. Dann hat die ASK noch zwei Fragen zum Departement Finanzen auf Seite 17. Da ist uns aufgefallen, dass die Finanzkommission 2025 nur halb so viele Sitzungen wie ein Jahr davor hatte, obwohl die Anzahl der Geschäfte eigentlich ähnlich gross wie im Vorjahr war und wir haben uns gefragt, ob es da besondere Gründe gibt für diese Zahlen. Und auf den Seiten 17 und 18 bei den Versicherungen, da ist uns aufgefallen, dass seit 2022 bei sämtlichen Personen- und Sachversicherungen die gleichen Versicherungsunternehmen berücksichtigt wurden, da haben wir die Frage gestellt, ob die Versicherungen regelmässig auf ihre Wirtschaftlichkeit, das heisst Einsparmöglichkeiten bei Prämien und in der Folge allenfalls ein Wechsel des Anbieters überprüft werden, also natürlich immer unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde überhaupt eine Wahlmöglichkeit hat. Departement Bau, da schätzt die ASK die Ausführungen zu den gemeindeeigenen Liegenschaften und den laufenden Projekten. Departement Umwelt, die ASK hat dazu keine Fragen oder Anmerkungen, ihr geht es schnell vorwärts. Departement Bildung, die ASK hat festgestellt, dass da verschiedene Projekte weiterhin in Bearbeitung sind und würdigt die Darstellung der laufenden Entwicklungen positiv. Departement Soziales, da hat die ASK erfreut festgestellt, dass die Fallbelastung pro Mitarbeitende reduziert werden konnte, auch wenn die Komplexität der Fälle sicher nicht abgenommen hat. Dann noch eine Anmerkung auf Seite 42, da geht es um die Themenschwerpunkte der Sozialbehörde, die werden zwar bereits ausführlich aufgezählt, wir haben jedoch festgestellt, dass sie aber doch noch mehr geleistet hat. Es ist in der Kommission angemerkt worden, dass auch die Austauschtreffen mit der Spitex im Verwaltungsbericht noch nicht erwähnt worden sind und da wünschen sich die GPK und die ASK, dass dort der wichtige Austausch auch im nächsten Verwaltungsbericht aufgenommen wird. Dann weiter zum Departement Sicherheit, Seite 50, Sicherheitskommission, da ist aufgefallen, dass die Sicherheitskommission 2025 markant mehr Geschäfte bearbeitet hat und auch mehr Sitzungen durchgeführt

hat. Da würde es uns interessieren, ob es dafür irgendwie spezifische Gründe gibt. Dann noch Departement Planung, Seite 59, Ziel 1.1. Da wird im Verwaltungsbericht von einem durchschnittlichen jährlichen Bevölkerungswachstum von 50 Personen ausgegangen. In den Legislaturzielen ist allerdings festgehalten, dass die Einwohnerzahl jährlich um 30 bis 50 Personen zunehmen soll. Da wünschen wir uns, dass dann die Angaben aufeinander abgestimmt werden. In diesem Sinn bedanke ich mich beim Gemeinderat schon im Voraus für die Beantwortung dieser Fragen und die Berücksichtigung von unseren Anmerkungen. Abschliessend kann ich sagen, dass die ASK den Verwaltungsbericht 2025 sehr positiv bewertet. Die ASK bedankt sich auch bei allen, die an der Erarbeitung und Fertigstellung des Berichts beteiligt waren und von daher spricht aus Sicht der Aufsichtskommission nichts dagegen, dass der Verwaltungsbericht genehmigt werden kann.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Für uns kommt dieser Bericht sehr gut daher, alle Informationen genau in dieser Tiefe, wie sie nötig sind, nicht zu viel, nicht zu wenig, ich glaube, man kann sagen, so soll es sein. Im Wissen darum, dass für ein solches Werk sehr viel Arbeit geleistet werden muss, danke ich im Namen der SVP-Fraktion allen, die hier tatkräftig Zeit und Energie hineingesteckt haben. Auch wir werden bei der detailweisen Beratung nicht mehr nach vorne kommen. Wir haben im Ganzen über drei Departemente drei Fragen eingegeben. Beim Präsidialen, Seite 15, Punkt 5, hatten wir eine Frage zu den Lizenzkosten im Informatikbereich. Im Departement Umwelt, Seite 27, 3.1, es geht dort um die Photovoltaikanlage auf dem Schulhaus Wyden, würde es uns interessieren, wie man diese so schnell abschreiben oder so schnell amortisieren kann. Da würde ich privat noch gerne etwas von der Gemeinde lernen. Departement Soziales, Seite 41, 1.3 und 1.4, es geht dort um Kinder- und Jugendfreundlichkeit und um das Jugendkonzept, es sind beides Themen, die zurückgestellt worden sind und dann im Jahr 2027 wieder angegangen werden sollen. Dort haben wir auch zwei Fragen gestellt, warum sie zurückgestellt worden sind, und ob man da schon einen konkreten Plan hat, langsam aber sicher für 2027, wie man die Themen angehen möchte.

Gerber-Maillefer Myriam, Grüne: Auch wir Grünen haben den Bericht sehr, sehr interessant gefunden. Er hat sehr viele Informationen drin. In der Gemeinde tut sich sehr viel. Wir sind aber auch der Meinung, wenn es weitere Details gibt, die vielleicht interessant wären für das Parlament, könnte man die ja zum Beispiel ins Dokument hineinverlinken. Der Verwaltungsbericht ist nämlich eine gute Möglichkeit aufzuzeigen, was die Gemeinde alles macht und das darf man auch ruhig wissen. Die gewohnte Darstellung mit dem Ampelsystem und den statistischen Zahlen ist wie immer verständlich und vergleichbar mit den Vorjahren. Und im Namen der Grünen möchte ich allen, die beteiligt waren an dieser vielen Arbeit zum Wohl unserer Gemeinschaft, herzlich danken.

Hodler Adrian, SP: Es ist so ein bisschen eine One-Man-Show, habe ich das Gefühl, aber ich rede jetzt halt trotzdem noch einmal. Auch die SP hat den Verwaltungsbericht 2025 interessiert studiert. Da auch wir eigentlich nur wenige Anmerkungen haben, werde ich jetzt auch nur ein Votum halten und nachher nicht zu jedem Departement noch separat etwas erzählen. Der Verwaltungsbericht ist, wir haben es auch schon gehört, übersichtlich, umfassend und informativ. Von den neuen Bühnenvorhängen im Bärensaal über die Tierkadaver bis zur Anzahl Gesuche von Betreuungsgutscheinen, die in Papierform eingereicht worden sind, wird die ganze Vielfalt der Verwaltungstätigkeit im letzten Jahr abgebildet. Kurzum, wir haben es auch schon gehört, der Verwaltungsbericht macht Freude. Da sind bewährte Errungenschaften aus früheren Jahren beibehalten worden, so insbesondere das Ampelsystem, das der Gemeinderat damit beurteilt, ob die gesetzten Ziele erreicht worden sind oder noch nicht. Bei diesen Zielen, die nicht oder nicht vollständig erreicht worden sind, wird erklärt, warum und was der Stand des Geschäfts ist und in diesem Zusammenhang ist es uns eigentlich fast lieber, wenn sich der Gemeinderat ein bisschen ambitionierte Ziele setzt und die halt nicht alle erreicht werden, als wenn nur ambitionslose Ziele anvisiert werden. Ich picke jetzt noch ein paar Punkte heraus, die der SP-Fraktion in diesem Verwaltungsbericht aufgefallen sind. Wie die Aufsichtskommission bedauern auch wir, dass die Jungbürgerfeier 2025 nicht stattgefunden hat. Wir haben uns auch gefragt, was eigentlich die Gründe für das mangelnde Interesse sind und ob man allenfalls etwas am Konzept ändern müsste. Wir fänden es auf alle Fälle wichtig, dass eine solche Feier auch durchgeführt wird, wenn es nur wenige Anmeldungen gibt. So würde man immerhin die jungen Menschen ernst nehmen, die sich offensichtlich für die demokratischen Institutionen interessieren, dass man die ernst nimmt. Einige von unseren Fraktionsmitgliedern haben aus dem Verwaltungsbericht erfahren, dass der Notfalltreffpunkt momentan nicht mehr im Worboden, sondern beim Schulhaus Wyden ist. Wenn selbst, ich sage jetzt einmal, die interessierten Kreise nicht wissen, wo der Notfalltreffpunkt ist, müsste man sich vielleicht noch einmal überlegen, ob man den Standort nicht noch einmal bekannt

machen möchte in der Bevölkerung. Weiter ist uns aufgefallen, dass inzwischen ziemlich viele politische Vorstösse aufgeführt werden, die vor langer Zeit eingereicht wurden, aber noch nicht erledigt wurden. Der älteste dieser Vorstösse datiert aus dem Jahr 2008. Wir hoffen natürlich, dass der Gemeinderat ein besonderes Augenmerk darauf legt, dass politische Vorstösse zeitnah umgesetzt werden können. Und schliesslich konnten wir dem Verwaltungsbericht entnehmen, dass die nichtständige Kommission zum Thema Standortmarketing im 2025 eine Sitzung hatte. Darüber aus sind aber im Verwaltungsbericht keine besonderen Aktivitäten zu diesem Thema zu entnehmen. Wir haben uns darum gefragt, welche Bedeutung der Gemeinderat dem Thema noch beimisst und wie es in dieser Hinsicht weitergehen soll. Aus diesem Grund reichen wir eine einfache Anfrage ein zu diesem Thema. Wir warten gespannt auf die Antworten des Gemeinderates. Insgesamt sind wir aber sehr zufrieden mit dem Verwaltungsbericht und danken auch noch einmal allen herzlich, die in irgendeiner Form daran mitgewirkt haben. Darum werden wir natürlich den Verwaltungsbericht auch genehmigen.

Jost-Pfister Catarina, GLP: Die Mitte/GLP-Fraktion hat den Verwaltungsbericht natürlich auch studiert. Zuerst möchten wir allen danken, die daran beteiligt sind, das zusammenzutragen. Das ist so die Grundlage für uns, ich denke, für uns alle zusammen, um zu schauen, was in der Gemeinde geht. Spannend ist es natürlich auch, wenn das sogar Leute ausserhalb des Parlaments anschauen würden, es ist ja aufgeschaltet auf der Webseite, es hat sehr viele lehrreiche Sachen darunter, die man vielleicht nicht einfach gerade so weiss. Der Verwaltungsbericht ist ganz verständlich, klar und umfassend. Auch das Ampelsystem schätzen wir sehr. Uns hat besonders gefreut daran, und zwar komme ich jetzt auf einen Punkt zu sprechen, das ist das Strategiepapier und der Masterplan der Digitalisierung. Uns würde es natürlich auch wundernehmen, was jetzt der Stand der Dinge ist, wie geht das weiter, das ist sicher ein ganz wichtiger Punkt, auch für die Effizienz, aber auch für die Qualität. Der zweite Punkt, ich komme nachher nicht mehr nach vorne, ich fasse das auch gleich zusammen. Man hat z.B. beim Wasserverbrauch oder unter dem Wasserverbrauch gesehen, es gibt einen spezifischen Wasserverlust, wo Wasser weggeht, dass es im Jahr 2022 12'407 m³ waren, im Jahr 2025 waren es 91'908 m³. Irgendwo muss es wohl ein Leck haben.

Eberhard Marc, FDP: Auch wir von der FDP kommen nur einmal nach vorne und ich sage alle Punkte jetzt. Ich darf heute zum ersten Mal so einen Verwaltungsbericht würdigen, entsprechend bin ich ein bisschen naiv an die Sache hingegangen, ich habe zuerst gedacht, der Verwaltungsbericht ist so ein bisschen eine grössere Zusammenfassung vom letzten Jahr, aber nach 63 Seiten habe ich gemerkt, ja, es ist mehr so wie eine ganze Betriebsanleitung der Gemeinde Worb. Beim Lesen wird einem bewusst, wie viel in dieser Gemeinde gleichzeitig läuft. Der Bericht zeigt eine Verwaltung, die ihren Aufgaben mehrheitlich nachkommt und zahlreiche Projekte gleichzeitig bearbeitet, gerade bei den grossen Infrastrukturvorhaben oder bei der Digitalisierung oder auch bei der strategischen Weiterentwicklung der Gemeinde sind wichtige Schritte gemacht worden, das verdient Anerkennung. Entscheidend wird jetzt aber sein, dass daraus auch konkrete Verbesserungen für die Bevölkerung, Mitarbeitende und Prozesse entstehen. Interessant habe ich auch die Liste der unerledigten Vorstösse gefunden. Als relativ neues Parlamentsmitglied war das für mich fast eine kleine Zeitreise. Teile der Geschäfte sind inzwischen so alt, dass sie fast selbst ein Jubiläum feiern können. Das zeigt einerseits, wie hartnäckig die Politik sein kann, und andererseits, wie lange oder zu lange gewisse Prozesse in einer Gemeinde dauern. Der Bericht macht auch deutlich, dass personelle Engpässe und beschränkte Kapazitäten zunehmend zum limitierenden Faktor werden. Umso wichtiger ist es, dass die Gemeinde ihre Kräfte auf die wesentlichen Aufgaben konzentriert und sich nicht zu viel in Nebenschauplätze verliert. Der Bericht zeigt aus unserer Sicht ein realistisches Bild, viel wird zuverlässig erledigt, einige Sachen brauchen etwas länger als geplant und bei einigen Projekten wird man sich auch in den kommenden Verwaltungsberichten wieder begegnen. 63 Seiten später weiss ich zwar immer noch nicht genau, was zum Beispiel das Siegelungswesen macht, ich weiss dafür, wo der NTP ist, aber ich habe grossen Respekt vor all diesen Menschen, die dafür verantwortlich sind. Insgesamt können wir den Bericht genehmigen und danken den Mitarbeitenden der Verwaltung sowie dem Gemeinderat für ihre Arbeit.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde

Keine Wortmeldung.

Parlament

Keine Wortmeldung.

Gemeinderat

Keine Wortmeldung.

Departement Präsidiales

Gerber-Maillefer Sybille, Grüne: Uns Grüne würde die Digitalstrategie inklusive Masterplan auch sehr interessieren. Wo ist das Dokument abgelegt? Und gleichzeitig ist auch uns aufgefallen, dass die Hälfte der Informatikkosten auf Kosten von Service- und Lizenzgebühren geht. Wir haben uns gefragt, ob es Bestrebungen gibt, um die Kosten zu reduzieren, zum Beispiel in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden oder auf kantonaler Ebene.

Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident: Was steht in der Digitalisierungsstrategie? Eine Frage, die von einigen Seite gekommen ist, von der Mitte/GLP und von den Grünen und vor allem insbesondere auch von der ASK. Ich kann nicht alles zeigen, was in dieser Strategie drin ist, ich beschränke mich einfach auf das Kapitel 5. Das sind die strategischen Ziele. Kann man es lesen? Ich sage es schon schnell dann. Also wir wollen in erster Linie die Digitalisierung geordnet vornehmen. Systematisch und geordnet und wir sehen uns als Smart Follower, das heisst, wir wollen nicht vorpreschen, sondern wir wollen Lösungen einführen, die sich bereits in anderen Gemeinden bewährt haben, das ist unser Credo. Im Allgemeinen sollen folgende Verbesserungen angestrebt werden: Erstens die Service-Qualität soll verbessert werden, also das Online-Angebot, also dass man von Auswärts online Sachen machen kann. Nachher soll der Informationsaustausch, das ist der zweite Punkt, innerhalb der Verwaltung vereinfacht und auch geordnet werden. Drittens, Moderne und vor allem flexible Arbeitsplätze sind für uns wichtig, wir können nicht mehr davon ausgehen, dass jeder einfach seinen persönlichen Arbeitsplatz hat, man muss je nachdem, wie man arbeitet, an einem anderen Ort sitzen. Und nachher das vierte, das ist der Einsatz der künstlichen Intelligenz soll gefördert werden und schliesslich ist für uns wichtig, dass Prozesse generell optimiert werden. Mit diesen fünf Zielen verfolgen wir die Absicht, als moderne, effiziente und vor allem bürgerfreundliche Verwaltung den Anforderungen der digitalen Gesellschaft gerecht zu werden. Die Abteilungsleiter-Konferenz begleitet den Prozess mit dem halbjährlichen Controlling der laufenden Informatikprojekte. Das könnt ihr jetzt wohl ein bisschen besser lesen, die Frage "Welche Massnahmen wurden umgesetzt?" Wir haben ein CMI-Modul "Reglemente" eingeführt, das sicherstellt, dass wir jederzeit Zugriff haben auf die aktuelle Version der jeweiligen Rechtsgrundlage und dass wir auch alle bisherigen Änderungen so im Griff haben. Das zweite ist, mit dem neuen CMI-Modul "Vorstösse" werden die parlamentarischen Vorstösse systematisch bewirtschaftet. Nachher die Todesfälle werden digital mit dem CMI-Modul "Tomba" bearbeitet. Nachher ist die ganze Personalführung weitgehend digitalisiert, auch die Mitarbeitergespräche, die laufen mittlerweile rein digital. Das Anstellungsverfahren, das läuft mittlerweile digital mit dem Modul "Rekrutierung", das ist ein Modul, das im MyAbacus angeboten wird, nachher haben wir ein On- und Off-Bording eingeführt, das On-Bording, das bildet den ganzen Ablauf einer Anstellung ab. Und das Off-Boarding, dasselbe beim Stellenaustritt, einfach, dass all die Schritte, die gemacht werden müssen, dass sie geordnet und von der richtigen Person auch vorgenommen werden. Nachher ist der Kreditorenprozess digitalisiert worden, ich komme dann bei der SVP-Frage noch einmal auf diesen zurück. Nachher haben wir neue Wasserzähler schrittweise eingeführt, das ist ein Projekt, das schon seit langem am Laufen ist, aber es ist jetzt kurz vor dem Abschluss. Die neuen Wasserzähler, die muss man nicht mehr im Keller ablesen, da kann man einfach mit dem Auto daran vorbeifahren und nachher kann man über Funk die Wasserstände erfassen. Das ist eine enorme Vereinfachung für den Wassermann, das Angebot. Nachher KI, das Parlamentsprotokoll, das jetzt gerade am Entstehen ist, das wird mittlerweile mit einem Spracherkennungsprogramm geschrieben, aber keine Angst, wir lesen das Protokoll noch genau durch. Im Sommer wird unser CMI mit KI ausgerüstet und dann wird die Protokollierung so möglich, wie du es uns, Andy Marchand, in der ASK eindrücklich demonstriert hast, wir werden damit nachher auch Wortprotokolle machen können, erweiterte Beschlussprotokolle oder auch reine Beschlussprotokolle. Also ein bisschen für die, die nicht in der ASK dabei gewesen sind, Andy hat einfach sein Laptop auf den Tisch gestellt und an der Sitzung hat der Laptop uns ein Protokoll von dieser

Sitzung vorgelesen, das mich schlicht umgeworfen hat, das ist einfach absolut gut gewesen. Also da kommt irgendetwas auf uns zu, was ich so nicht erwartet habe, wir werden das ab den Sommerferien auch können. KI werden wir brauchen können für die Zusammenfassungen von Dokumenten zu erstellen und wir gehen davon aus, dass KI zunehmend auch einen Beitrag beim Erstellen von den Geschäftsbotschaften leisten wird. Aktuell wird geprüft, wie die KI in den Sozialdiensten eingesetzt werden kann, das ist in der Prüfung. Der Sozialdienst Köniz macht das und das hat auch gezeigt, dass es noch gewisse Tücken hat, wenn das alles zusammen gut ist und gesichert ist und auch den Datenschutzvorschriften entspricht, dann werden wir dort auch entsprechend Schritte machen. Schliesslich haben sicher die meisten von euch gemerkt, dass wir auf unserer Webseite einen Chatbot haben, das ist da unten rechts so ein Zeichen, wenn man dort drauf drückt, dann kann man Anliegen gegenüber der Gemeinde deponieren, die werden dann beantwortet, zwischen Mitte März und Juni sind über 1'000 Anliegen so eingegangen, grösstenteils ausserhalb der Bürozeiten und in 90% der Fälle hat der Chatbot die Antwort direkt bearbeiten können. Wir sind fortwährend daran, zusammen mit der Talus, die digitalen Angebote für die Einwohnerinnen und Einwohner zu überprüfen und zu erweitern. Es ist eine Analyse durchgeführt worden, das ist die Firma APP, Unternehmensberatung AG, die die Analyse im Frühling durchgeführt hat und da ist das Resultat. Ihr seht Führung und Governance, da haben wir 46 von 100 Punkten, der Durchschnitt der Schweizer Gemeinden hat dort lediglich 35 von 100 Punkten. Nachher die Organisation der Digitalisierung haben wir 70 von 100 Punkten, der Durchschnitt der Gemeinde hat 47 Punkte von 100. Nachher die Kollaboration, da sind wir mit 57 von 100 über dem Durchschnitt von 43 von 100 Punkten. Bei den Daten, da sind wir gerade im Durchschnitt ungefähr 30 pro 100, der Durchschnitt wäre ein bisschen grösser. Und ihr seht, bei der Infrastruktur, da hinken wir hinter her, da haben wir nur 30 von 100 Punkten, der Durchschnitt ist dort wesentlich höher. Und schliesslich bei den Dienstleistungen sind wir wieder über dem Durchschnitt und ich kann euch sagen, das stresst mich gar nicht, dass wir in der Infrastruktur ein bisschen hinterherhinken, wir wollen ja nicht vor allem neue Geräte anschaffen, wir wollen einfach die bestehenden Möglichkeiten ja möglichst gut ausnützen, darum das passt mir sehr, dass wir dort nicht ganz im Durchschnitt sind von den Schweizer Gemeinden. Das habe ich euch gerne gezeigt, ich bin der Meinung, wir sind gut unterwegs mit unserer Digitalisierung und ich bin froh, wenn ihr das so zur Kenntnis nehmen könnt. Jetzt eben die Jungbürgerfeier. Wir laden immer im April alle ein, die in diesem Jahr 18 werden, das sind jährlich so bei 80 Jugendlichen oder junge Leute. Seit 2019 führen wir die Jungbürgerfeier immer etwa mit 10 bis 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch und im letzten Jahr haben sich nur 3 angemeldet und das hat uns dann doch so ein bisschen sehr mager gedünkt und wir haben dann diesen Leuten auch telefoniert und ihnen abgesagt und das ist alles okay gewesen und dieses Jahr haben sich wieder neun Personen angemeldet und es ist für uns völlig klar gewesen, dass wir den Anlass wieder durchführen konnten. Und jetzt die Frage, die spannend ist: "Gibt es bestimmte Gründe für die geringe Beteiligung an der Jungbürgerfeier?" Ich stelle einfach fest, dass die Jungbürgerinnen und Jungbürger immer als Gruppen kommen, ich gehe davon aus, dass irgendjemand das nachher sieht und nachher den anderen von der ehemaligen Klasse anruft und sagt, komm schon und nachher trifft man sich als Gruppe bei der Jungbürgerfeier, das finde ich enorm cool, aber ich denke, das war der Grund, wenn niemand da ist, der Lust hat, dann bleibt es halt einfach sein. Aber es ist jetzt wirklich nur einmal gewesen, wo wir so mager Leute gehabt haben, wo es aus unserer Sicht nicht Sinn gemacht hätte, diese durchzuführen. Nachher die SVP Fragen zum Verwaltungsbericht: "Warum sind die Service und Lizenzkosten der Informatik so dermassen angestiegen?" Ich habe vorhin von der Digitalisierung gesprochen. Und das hat halt auch Kosten. Aber item, die drei Gründe auf eure Antwort sind zusätzliches Personal, wir hatten etliches zusätzliches Personal, das bedeutet, dass entweder einmalig zusätzliche Lizenzen gekauft werden müssen und halt eben periodisch jährlich zusätzliche Kosten anfallen. Nachher der zweite Grund ist, verschiedene Softwarehersteller haben ihre Lizenzgebühren erhöht, man hat manchmal das Gefühl, sie können fast machen, was sie wollen, wir sind darauf angewiesen. Und der dritte Punkt ist eben, ich habe es erwähnt, der Kreditorenprozess, der ist digitalisiert worden, das ist der teuerste Prozess gewesen, den wir da frisch eingeführt haben, den ich vorhin erwähnt habe, und das hat auch einfach zusätzliche Lizenzkosten ausgelöst. Ja, wenn man halt die Sache digital macht, dann gibt es halt Kosten in diesem Bereich, das ist wie klar. Nachher: "Warum sind die Anschaffungskosten angestiegen?" Da ist der Grund der, dass der Server der Gemeindeverwaltung und der Server der Telefonanlage letzten Jahr ersetzt werden müssen. Das ist der Grund und jetzt hätte ich gerne noch Auskunft gegeben über die Standortmarketing, aber du hast das jetzt als einfache Anfrage eingereicht, das ist auch gut, dann können wir das schriftlich machen, aber ich hätte euch jetzt gerne aufgezählt, was wir alles am Machen sind unter dem Titel Standortmarketing.

Zingg Stephan, Departementsvorsteher Finanzen: Danke für die Fragen, die ihr eingereicht habt. Die Finanzkommission hatte nur halb so viele Sitzungen wie vorher. Was ist der Grund? Wir sind halt extrem effizient. Nein, Hintergrund ist dieser, wir sind eine Fachkommission, wir beraten Geschäfte zuhanden des Parlaments. Für den Gemeinderat sind wir die Fachkommission und wenn von Seiten der Departemente, von den Abteilungen keine Geschäfte kommen, dann haben wir auch nicht eine Extrasitzung, wenn sonst nichts dasteht und dann hat es sich halt ergeben, dass wir im letzten Jahr eigentlich mit weniger Sitzungen die gleiche Geschäftszahl behandeln konnten. Eine weitere Frage war nach den Personen- und Sachversicherungen, dort ist es so, dass wir tatsächlich jährlich die Versicherungen überprüfen respektive nicht wir selber, wir haben einen Broker, der die überprüft. Je nachdem werden wir nachher tätig und schauen, was ist das beste Angebot, das wir für die Gemeinde herausholen können. Eine weitere Frage war wegen der Zielsetzungen, dass diese sehr allgemein formuliert sind. Ich könnte euch natürlich hier schon ein paar Sachen formulieren, die ich gerne sehen würde. Aber halt auch dort, wir sind eine Kommission, die kein Entscheidbefugnis hat und beratend sind und dazu kommt, dass das HRM2 uns eigentlich sehr enge Schranken gibt, was wir dürfen und können und was eben nicht, aber ich habe schon Ideen, was ich dort allenfalls hineintun könnte. Wir sind dann gespannt. Das Thema Mehrwertsteuer war noch ein Thema. Dort geht es darum, die Vorsteuer geltend zu machen, dort ist es so, dass der Prozess schon bald abgeschlossen ist und zuhanden des Gemeinderates dann finalisiert, werden kann. Es ist auch noch ein bisschen ein Kind von Jonas Weil und ihr wisst, dass Jonas Weil nicht mehr allzu lange hierbleibt und er will das auch noch fertig führen. Also das wird kommen, wo wir zuhanden des Gemeinderates nachher die weiteren Schritte veranlassen. Ich hoffe, ich habe alles erwischt.

Departement Bau

Keine Wortmeldung.

Departement Umwelt

Gerber-Maillefer Myriam, Grüne: Ich muss es noch ein bisschen ausnützen. Wir haben festgestellt, dass das Energieleitbild aktualisiert worden ist, also das Ziel erfüllt ist und dass auch ein Monitoring des Energieverbrauchs der Gemeindeliegenschaften vorliegt. Uns würde dann auch interessieren, wie das aussieht, ob wir das anschauen können. Wir haben gesehen, dass es bei den gemeindeeigenen Gebäuden mehr PV-Anlagen braucht, schön, dass wir uns einig sind, uns fehlt aber von den Grünen ein bisschen mehr Tempo, wir haben nämlich im 2022 zwei Postulate eingegeben, überparteilich, das eine ist mehr PV-Anlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden sowie auf öffentlichen Parkplätzen und für das haben wir jetzt eine Interpellation eingegeben. Und nachher haben wir bei der Abfallentsorgung festgestellt, Adrian ist zwar jetzt nicht da, dass beim brennbaren Abfall, die Abfallmenge in Tonnen trotz Einführung des Plastikrecyclings im 2023 nicht kleiner geworden ist. Gibt es eigentlich da Erklärungen dafür?

Fivian Bruno, stellvertretender Departementsvorsteher Umwelt: Ihr habt es vorhin gehört. Ich habe für die Vertretung von Adrian Hauser zu sorgen und dank dem kann ich jetzt hier gewiss auch noch einmal etwas sagen. Als erstes ist die Frage von der SVP betreffend der Amortisationszeit von der PV-Anlage auf dem Wyden Schulhaus gewesen. Wenn du mitschreiben willst, Philipp, ich habe dir jetzt ein paar Zahlen. Ich kann es selber nicht berechnen, ich habe keine Amortisationsberechnung, aber wir haben eine Laufzeit ab 2018. Wir hatten Kosten von rund 58'000 Franken. Wir hatten einen Förderbeitrag von rund 13'000 Franken. In diesen acht, nein, in diesen sieben Jahren sind Einspeisevergütungen von 10'500 Franken eingeflossen und in dieser Zeit haben wir eingesparte Stromkosten, also wo wir im Prinzip 35'800 Franken bezahlt hätten, also wenn wir den Strom gebraucht hätten oder gekauft hätten von der BKW, hätte der 35'800 Franken gekostet. Speziell ist vielleicht in dieser Zeit, dass die Berechnung während der Strommangellage 2021 gelaufen ist und dort bekanntlich astronomische Einspeisevergütungen bezahlt wurden, die auch hier eingeflossen sind. Ja, im Vergleich zu heute muss man dem astronomisch sagen. Gut, dann hat die Mitte/GLP noch betreffend dem Wasserverbrauch oder den Wasserverbrauchsschwankungen gefragt. Dort ist es so, dass wir im Moment noch nicht wissen, wo das Problem genau liegt. Wir bekommen die Mengen, die wir vom WVRB verbrauchen, und diese stimmen nicht mit unseren Zahlen überein. Also, wir sind dort am Arbeiten dran, wir wissen im Moment einfach noch nicht, wo der Fehler genau liegt, aber ich kann das aufschreiben, dass wir das, sobald wir etwas wissen, dem Parlament zur Verfügung stellen würden. Und dann ist noch die Frage von Myriam betreffend

Monitoring des Energieleitbilds. Da kann ich jetzt aktuell natürlich gerade keine Antwort geben, aber wir können das genauso machen wie auch beim Wasser, dass wir das aufarbeiten können und dem Parlament zur Verfügung stellen und beim brennbaren Abfall ist es das gleiche, mir sind die Zahlen natürlich jetzt nicht gerade präsent, Adrian wüsste es vielleicht, aber ich teile ihm das mit und dann wird er zu gegebener Zeit darüber informieren.

Departement Bildung

Keine Wortmeldung.

Departement Soziales

Gerber-Maillefer Myriam, Grüne: Im Bereich Soziales haben wir sehr viele interessante Informationen zur Sozialhilfe und Kindes- und Erwachsenenschutz gelesen. Der Bericht zeigt auf, mit welchen gesellschaftlichen Brennpunkten man zunehmend rechnen muss, das sind nebst der wirtschaftlichen Sozialhilfe auch die zunehmenden Fallzahlen beim Kindes- und Erwachsenenschutz. Zu erwähnen ist hier die zunehmende demografische Alterung, die immer mehr Unterstützungsbedarf nach sich zieht, zum Beispiel aufgrund von Demenz oder Vereinsamung. Weitere Brennpunkte sind mehr psychische Erkrankungen sowie mehr psychosoziale Belastungsfaktoren in den Familien. Mehr Unterstützungsbedarf zeigt sich auch in der Schulsozialarbeit und in der Jugendarbeit und es steht, ich zitiere: "Es ist kein Luxus, sondern eine notwendige Investition, um die psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen zu sichern und längerfristige negative Auswirkungen für die Allgemeinheit zu minimieren." So ist es eingeschätzt worden. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Das ist nicht eine Besonderheit, die wir nur in Worb haben, das sind alles Brennpunkte, die überall in der Schweiz und im Ausland festgestellt werden. Diese Herausforderungen muss man so gut wie möglich angehen und am besten mit präventiven Massnahmen, denn das ist gut für die Lebensqualität der betroffenen Personen, aber langfristig ist es auch wirtschaftlich interessant für die Gemeinde. Unser Departement Soziales macht es also genau richtig und für das möchte ich mich ganz herzlich bedanken und ich freue mich sehr, in Zukunft in so einem ausserordentlichen Departement mitarbeiten zu können.

Lanfranconi Elena, Departementsvorsteherin Soziales: Ja, ich möchte mich zuerst kurz bedanken für die vorgängige Einreichung der Fragen von Seiten der SVP, die werde ich da sehr gerne kurz beantworten. Zuerst ging es um die Frage, wieso die Themen zurückgestellt wurden zur Kinder- und Jugendfreundlichkeit und zum Jugendkonzept. Es ist so, dass bei uns aktuell der Fokus auf dem Projekt "Koordiniert und vernetzt" liegt. Das ist ein Projekt in Zusammenarbeit mit der BFH, bei dem es um die Schnittstelle zwischen Schulsozialarbeit, den Schulen und den Tagesschulen geht. Dort werden die Schwerpunkte Kindswohlfährdung und grenzüberschreitendes Verhalten behandelt. Das ist ein Gesamtprojekt, das von der Frühförderung bis zur Oberstufe dauert. Dort gibt es übrigens die erste Berichterstattung zuhanden des Gemeinderates am 29. Juni 2026, also jetzt dann gerade, und das ist eigentlich wie ebenfalls auch eine Beantwortung auf die Frage der Evaluation. Es ist also nicht so, dass einfach nichts läuft. Wir haben einfach im Moment gerade den Schwerpunkt dort, und vielleicht kann man das mit den Worten von Adrian abschliessen, wir haben uns einfach ambitionierte Ziele gesetzt, die wir nicht immer alle gleich direkt erreichen können. Und dann zur zweiten Frage, zum Vorgehen, zur Behandlung dieser Themen für 2027. Das Vorgehen ist noch nicht festgelegt, das ist dann geplant für in der zweiten Jahreshälfte, wo dann Myriam den Lead übernehmen wird. Und vielleicht noch zum letzten Punkt, zur Bemerkung der ASK zum Austauschtreffen mit der Spitex, das nehmen wir auf.

Departement Sicherheit

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Ich würde die beiden Fragen gerne beantworten. Was sind die Gründe für die grosse Anzahl Geschäfte und die Anzahl Sitzungen der Sicherheitskommission? Die Sicherheitskommission hat Aufgaben gemäss Reglement über die ständigen Kommissionen und aus anderen Reglementen, die sie wahrnehmen muss, namentlich Feuerwehrrglement und Friedhofreglement. Und so tritt die Sicherheitskommission einfach dann zusammen, wenn es Geschäfte gibt, die sie beraten und entscheiden muss. Wir setzen in der Regel etwa zehn Sitzungen jeweils an und wenn wir keine Geschäfte haben, bei denen man irgendetwas beschliessen muss, sondern nur Kenntnisnahmen oder die Geschäftsübersicht anschaut, dann lassen wir sie ausfallen und das ist in den Vorjahren etwa passiert und in den letzten Jahren haben wir jetzt

ziemlich viele Geschäfte gehabt, die durch die Sicherheitskommission durch mussten und darum haben die zehn Sitzungen stattgefunden über das Jahr. Wieso hatten wir so viele Geschäfte, das kann ich auch nicht sagen. Irgendwann fängt einmal eine Idee an, dann geht das weiter und irgendwo zwischendrin kommt dann die Sicherheitskommission zum Zug und je nachdem, wie viele Geschäfte eben entscheidungsreif sind für die Sicherheitskommission, dann hat es mal mehr und mal weniger Geschäfte. Es gibt auch Geschäfte, die direkt zum Gemeinderat gehen, das sind namentlich Einbürgerungsgesuche. Da gibt es den Einbürgerungsausschuss des Gemeinderates und Einige gehen auch direkt von mir an den Gemeinderat ohne noch über den Einbürgerungsausschuss zu gehen und gehen nicht in der Sicherheitskommission vorbei und es gibt andere Geschäfte, die nicht in die Sicherheitskommission gehen, das zudem nachher der Notfalltreffpunkt, dass der im Schulhaus Wyden ist. Das war im November 2025 in der Worber Post zu lesen, auf Radio Neo konnte man es hören, es ist auf der Webseite der Gemeinde, es gibt auch eine eigene Seite Notfalltreffpunkt, aber ja, es ist ein Problem, wir können etwa Leute fragen, weisst du etwas über den Notfalltreffpunkt und dann ist etwa die Antwort "Was soll das sein?" aber wir nehmen das gerne auf, dass man regelmässig berichtet. Wenn es dann mal wirklich dazukäme, dass man den Notfalltreffpunkt braucht, dann würde ja dann über das Radio und über die App Alertswiss, ich hoffe, ihr habt die alle installiert, dann informiert, aber dass man immer wieder sagen muss, ja, das gäbe es dann auch, das haben wir auch gemerkt. Jetzt ist es hier auch wieder einmal gesagt worden, merci vielmals, dass ihr das Thema aufgebracht habt.

Departement Planung

Keine Wortmeldung.

Antrag und Beschluss

Keine Wortmeldung.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. f der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2025 wird genehmigt.

Jahresrechnung 2025: Genehmigung

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 4	Beschlussnummer 2025/28-90	Geschäftsnummer 39175	Archivnummer 21/20
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Steinmann Hans Ulrich, ASK: Traditionsgemäss wird ja die Rechnung jeweils von der GPK und der ASK gemeinsam beraten, das ist passiert, letzte Woche am Montag. Also eigentlich für es in den Worten der GPK zu sagen, empfehlen wir euch, diese Rechnung zu behandeln. Aus unserer Sicht freut uns das erfreuliche Ergebnis. Ein Budget ist grundsätzlich, das wissen wir alle, auch immer zu einem gewissen Teil ein Blick in die Kristallkugel. Es gibt ja mittlerweile zahlreiche Faktoren, die man nicht so genau abschätzen kann, ob das Ergebnis dann zuletzt positiv oder budgetgerecht oder budgetgenau daherkommt, das wissen wir alle zusammen. Wir sind von der GPK und ASK auch der Auffassung, dass wir auch letztes Jahr einmal mehr Glück hatten, dass auch hier wieder verschiedene Faktoren dazu geführt haben, dass die Rechnung positiver abgeschlossen hat, als sie budgetiert war. Das politikergerechte Handout ist informativ, nicht zu kompliziert und hilft uns,

und mit uns meine ich nicht Finanzspezialisten unter uns, sondern mehr 0815-Menschen, wie z.B. ich einer bin, um die Rechnung besser interpretieren zu können. Wir danken Jonas Weil und seinem Team für die genaue Arbeit und für die Aufbereitung der Rechnung. Zuletzt noch etwas in eigener Sache. Mit Bedauern, aber dankbar und wohlwollend nehmen wir zur Kenntnis, dass wir von der ASK und GPK hiermit die letzte Rechnung angeschaut haben, die aus den Federn von Jonas Weil stammt. Wer noch nie einen solchen Finanzverwalter live gesehen hat, stellt sich vielleicht einen sehr exakten, um nicht gerade zu sagen "bünzligen", Typen vor. Eventuell leicht grimmig in der Art. Er könnte, vielleicht nicht gerade heute Abend, aber ein langes, eng kariertes Hemd tragen, darüber einen ärmellosen Pullover, der Knöpfe hat, und diese Knöpfe sind bis oben zu, man weiss es nicht, und bereits vor Beginn eines verbalen Austauschs mit einem Finanzverwalter könnte sein Blick zum Ausdruck bringen: "Ich bin jetzt hier in meinen Zahlen vertieft, was willst jetzt ausgerechnet du von mir?" Jonas Weil wiederlegt mit all seinen Charakteren, seiner Art und vor allem mit seinem Handeln sämtliche Finanzverwalter-Klischees. Ich glaube, man kann mit Fug und Recht behaupten, dass Jonas ein aussergewöhnlicher Finanzier ist, seine ruhige, manchmal leicht schmunzelnde, sachliche und wertschätzende Art hat schon vielen hitzigen Finanzdiskussionen den Wind aus den Segeln genommen und vor allem immer das klare Ziel einer exakten Rechnungsführung vor Augen. Wer jetzt versucht wäre, zu behaupten, dass sich Jonas in den letzten Wochen zurücklehnen würde, dem kann ich quasi erwiesenermassen in aller Form widersprechen. Noch in der letzten Aufsichtskommissionssitzung von letzter Woche, es ging um ein Thema, über das wir euch in einer der nächsten Sitzungen informieren werden, stand er uns einmal mehr kompetent Rede und Antwort auf kritische Fragen von uns Laienpolitikern, es ging dort darum, also ganz stark vereinfacht formuliert, ob die Verwaltung anfallende Kosten so ein bisschen nach ihrem Gutdünken mal so ein bisschen hier und ein bisschen da verbuchen würde, ja, er hat dann Folgendes gesagt. Er hat gesagt: "Ich unternehme hier noch einmal einen Versuch, zu erläutern, nach welchen Vorgaben wir jeweils in der Gemeindeverwaltung, in der Finanzverwaltung arbeiten." Und dabei, während er das gesagt hat, hatte er diese Broschüre in die Luft. Ich habe sie heute Abend extra noch einmal mitgenommen, Jonas. Wisst ihr, was der Titel dieser Broschüre ist? "HRM2, kurz erklärt." Ich denke, ihr dürft euch alle gerne bei Jonas melden, er wird euch sehr gerne noch eine solche Broschüre jedem von euch übergeben, bevor er in die Pension geht. HRM2, kurz erklärt. Lieber Jonas, für deinen nächsten Lebensabschnitt wünschen wir dir alles Gute, gute Gesundheit und vor allem viel Zeit für Neues. Es muss ja da nicht alles immer mit Zahlen zu tun haben, genau. Und für alles, was du für die Gemeinde Worb und für uns Menschen in Worb geleistet hast, möchte ich dir einfach ein Wort sagen: "Danke".

Zingg Stephan, Departementsvorsteher Finanzen: Gut, zur Jahresrechnung, ihr habt die ganze Präsentation studiert. Zu dieser Seite sage ich Folgendes: Im allgemeinen Haushalt hatten wir eigentlich 781'000 Franken Ertragsüberschuss und mussten noch 115'000 Franken in die finanzpolitische Reserve einlegen. Da ist das Besondere, das ist übrigens das letzte Mal, dass man das machen musste, das wurde per 31. Dezember 2025 aufgehoben. Warum zusätzliche Abschreibungen? Das ist, weil die ordentlichen Abschreibungen weniger hoch ausgefallen sind als die Nettoinvestitionen. Also auch dort, HRM2, wir können nicht sagen Ja oder Nein, wir müssen es einfach machen. Begründungen, das habt ihr gesehen, wir sind in der Sachgruppe 40 gut 600'000 Franken über dem Budget, aber, und da habe ich die Finger drauf, die Einkommenssteuern sind 1,1 Mio. Franken tiefer, und das gibt mir zu denken. Dort sind wir daran, überlegen, schauen. Gottlob haben wir fünf Sechstel der FiKo-Mitglieder anwesend, die sich schon lange Gedanken machen, wie wir im nächsten Budget die Steuern besser prognostizieren können, damit wir weniger danebenliegen. Wir haben die juristischen Personen, die 300'000 Franken höher sind und die Quellensteuern, die ebenfalls 470'000 Franken höher sind. Ein Punkt, der mir schon länger ein Dorn im Auge ist, ist der bauliche und betriebliche Unterhalt, diejenige, die in der FiKo sind, wissen es, wir haben rund 500'000 Franken weniger gebraucht, als wir budgetiert haben, das ist ja grundsätzlich schön, aber mein Ziel ist natürlich, dass wir das budgetieren, was wir dann auch brauchen können, nicht brauchen wollen, sondern brauchen können, was die Realität ist, dass die Spannung weniger gross ist. Wir kommen zu den Spezialfinanzierungen, da haben wir ein leichtes Minus von 5'800 Franken bei der Wasserversorgung. Ihr seht den Bestand des Rechnungsausgleichs, 833'000 Franken. Das ist alles im grünen Bereich. Wir kommen zur Abwasserentsorgung, dort haben wir einen Ertragsüberschuss von 85'000 Franken. Der Rechnungsausgleich hat 830'000 Franken. Dort sind wir auf Kurs, kein Problem. Wir kommen zur Abfallentsorgung, die eigentlich schon mehrfach genannt wurde. Im Verwaltungsbericht haben wir ein Minus von 77'000 Franken. Wir hatten schon im letzten Jahr ein Minus. Wir sind mit dem Rechnungsausgleich noch auf 200'000 Franken. Der Zielwert ist mehr als doppelt so hoch. Hier ist Adrian Hauser, so wie ich gehört habe, bereits daran, den Kopf schräg zu halten, was wir allenfalls daran schrauben müssen. Das könnte alle hier im Saal treffen. Gehen wir zu den Investitionen, wir haben 3,3 Mio. Franken investiert, super, aber wir

haben 6,2 Mio. Franken budgetiert, wir haben etwa 50 Prozent davon investiert. Auch dort, mein Ziel ist ganz klar, das in das Investitionsbudget aufzunehmen, was wir effektiv machen können, nicht das, was wir machen wollen, das, was wir machen können. Es hat Sachen, die man nicht investiert hat. Ich habe hier ein paar Punkte herausgenommen. Bei diversen Strassen sind rund 600'000 Franken nicht realisiert worden, beim Fahrzeug Werkhof, das nicht angeschafft wurde, beim Verwaltungsgebäude Flachdach, das nicht realisiert wurde, bei der Feuerwehr der Ersatz der Anhängelleiter, wo nicht realisiert wurde. Das sind nur grosse Brocken, die ich herausgenommen habe. Es gibt ganz viele kleinere auch noch, die dazu beigetragen haben. Ich komme zum Fazit. Das Schulhaus Worbboden, das wissen wir alle, ihr habt es angeschaut, wird uns sehr stark fordern. Ich sage nicht, dass der mit der Schuldengrenze überschritten werden muss, weil, wie ich vorhin schon gesagt habe, mein Ziel ist, dass wir das investieren und planen, zu investieren, was wir wirklich machen können. Dann sieht das Ganze ein bisschen anders aus, denn diese Schere geht immer mehr auf, je mehr Reserven man, ich sage jetzt einmal so, drin hat, sei das im Budget oder auch mit den Investitionen, die nachher über die Abschreibungen entsprechend beitragen. Auch hier müssen wir schauen, dass wir wirklich eine gute Investitionspolitik haben, die Ausgaben gut geplant, die man wirklich machen kann. Ich habe es schon mehr als einmal gesagt, ich bin für alles zu realisieren, die Frage ist, wann und wie hoch und da müssen wir schauen, dass wir das in den Griff bekommen, dann haben wir nämlich auch nicht ein Problem auf die Dauer hinaus. Ich komme zum Antrag. Die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 668'031.31 Franken wird zur Genehmigung empfohlen.

Wenger Sybille, SVP: Wir von der SVP erfreuen uns über den Ertragsüberschuss, obschon wir einen Aufwandüberschuss budgetiert haben. Das positive Ergebnis ist aufgrund der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen und der Vermögensgewinnsteuer erzielt worden. Wir wissen aber, dass es bei den Steuereinnahmen, vor allem bei den Sondersteuern, schwierig ist, das vorherzusehen. Trotz diesem guten Ergebnis wollen wir weiterhin eine strikte Ausgabenpolitik in Hinsicht auf die Sanierung des Worbbodens verfolgen. Wir danken Jonas Weil für die Erstellung seiner letzten Jahresrechnung und der Finanzverwaltung für die Arbeit. Für die Zukunft wünschen wir dir alles Gute und gute Gesundheit.

Marthaler Matthias, SP: Um mal noch ein bisschen Abwechslung bei uns reinzubringen, rede ich jetzt statt Adrian. Die vorliegende Jahresrechnung ist wie erwartet sorgfältig transparent aufgearbeitet. Die inhaltlichen Ausführungen sind nachvollziehbar. Die Schlussfolgerungen entsprechen den finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für unsere Gemeinde. Auf den zweiten Teil im Fazit III, Seite 25, hätte man aus Sicht der SP gut verzichten können. Die Gemeinde will auch zukünftig attraktiv und handlungsfähig bleiben, dazu gehört selbstverständlich Investitionen in einem tragbaren und verantwortungsvollen Umfang. Jetzt noch für die Zukunft. Für die Zukunft bleibt jedoch noch etwas am Rand festzuhalten. Wo gearbeitet wird, passieren Fehler, entscheidend ist, dass man daraus lernt und denen nachgeht. Es geht da um die Buchungsvorgänge, um die Lieferung und Montage des Container-Provisoriums beim Worbboden sowie die in früheren Budgets vielleicht auch unklar zugeordneten Positionen, verstärkt durch ungeschickte Formulierungen im Projektbericht, die haben zu Irritationen geführt. Wir entscheiden im Vertrauen der Bevölkerung über sehr viel Geld, über Steuergelder, deshalb ist es zentral, dass niemals der Anschein entstehen kann, es werde mit Kreditverschiebungen oder mit Beschönigungen gearbeitet. Wir danken da der ASK und auch den Profis aus der Finanzabteilung für die Aufarbeitung und dem Nachgehen dieser Irritationen. Ich weiss aus der Reihe der ASK, dass dazu in späteren Sitzungen dann vielleicht noch einmal darauf zurückkommen wird, solche Richtigstellungen zu stärken und das Vertrauen in die finanzielle Führung unserer Gemeinde. Die SP Worb genehmigt die Jahresrechnung 2025 und dankt allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Und am Schluss, im Namen der SP Worb und auch sehr persönlich danke ich dir, Jonas Weil, für deine super Arbeit. Ich habe dich schon ein paarmal angerufen, zu jeder Zeit, wenn ich irgendwie fachlich etwas klären oder nachfragen musste oder auch jetzt in den Vorbereitungen. Das war super, ich habe mich da sehr begleitet gefühlt, da ich ja ein Laie bin und so auf ein fundiertes Wissen zurückgreifen konnte. Wir wünschen dir und deiner Familie alles Gute und viel Freude für deine Zukunft.

Spahr Daniela, GLP: Ja, vielen Dank für das Erklären und Darlegen der Jahresrechnung vom letzten Jahr. Wir von der Mitte/GLP haben diese in der Fraktionssitzung auch diskutiert. Wir sind ein bisschen der Meinung, dass das Resultat auf den ersten Blick ziemlich gut wirkt. Auf den zweiten Blick hat es ein bisschen seine Tücken. Wir haben gesehen, die Einkommenssteuern der natürlichen Personen bleiben um 600'000 Franken unter dem Budget, trotzdem haben wir, Gott sei Dank, ein bisschen Steuereinnahmen mehr, als wir gedacht haben, dank

den juristischen Personen und den übrigen direkten Steuern. Das ist nicht unbedingt eine breit abgestützte, solide, robuste Steuerbasis, die wir hier haben. Wir sind da irgendwo ein bisschen am Schwimmen und haben keine Klarheit, diese wünschen wir uns für die Zukunft. Wir haben im Jahr 2025 in der Gemeinde fast 3 Mio. Franken weniger investiert als geplant, Stephan hat es aufgezeigt, das mag kurzfristig entlastend wirken, ist aber ein klares Symptom von Unterinvestition und Projektverzögerung. Anders gesagt, wir verschieben einfach Risiken in die Zukunft, statt sie heute zu lösen, das ist ein Problem. Finanztechnisch sieht also die Rechnung gar nicht so schlecht aus. Wie es im Fazit steht, müssen wir gut aufpassen, der Worboden kommt, und es steht, aus diesem Grund hat es keinen Platz für weitere grosse Investitionsvorhaben. Wir haben das Gefühl, wenn wir jetzt ein bisschen schauen, wie es in Zukunft geht und auch wie wir den Budgetierungsprozess jetzt gerade in der FiKo erleben, dass Worb nicht eine verschwenderische Gemeinde ist. Sie ist im Alltag mehrheitlich sorgfältig und sparsam. Aber wir denken, dass man im Hinblick auf die Investitionen in Zukunft schon noch ein bisschen Potenzial hat, zu sparen oder schlauer zu investieren, und ich würde hier gerne noch einmal das Schlagworte "Digitalisierungsstrategie" nennen. Ich denke, da hätten wir noch ein bisschen Luft. Gut macht man etwas, aber man könnte wohl noch das eine oder andere mehr machen und noch ein bisschen mehr Kosten sparen, weil wenn man die Zahlen ganz genau anschaut, dann sieht man, die Personalkosten gehen jedes Jahr ein bisschen hoch und ein Hebel, den man dagegen hat, ist die Digitalisierung bis zu einem gewissen Grad. Am Anfang kostet es ja jeweils ein bisschen. Trotzdem ist für uns die Rechnung so in Ordnung. Wir danken herzlich für die Arbeit und wünschen dir, Jonas, alles Gute für die Zukunft.

Burkhard Urs, Grüne: Die Jahresrechnung 2025 der Gemeinde ist besser ausgefallen als budgetiert. Wie wir schon gehört haben, sehr erfreulich, aber eben auch nur wegen schwer oder kaum beeinflussbaren Faktoren. Bei den Steuererträgen, das ist auch schon erwähnt worden, sind wir mit einem blauen Auge davongekommen. Ungewiss ist, ob in Zukunft der Ertrag der übrigen Steuern den demografischen Wandel in der Gemeinde auffangen können wird. Ich meine damit, in der Gemeinde gibt es immer mehr Rentner und weniger Erwerbstätige und da hoffen wir doch ausgeprägt auf den Zuzug von zusätzlichen Steuerzahlenden. Die Sozialdienste haben besser gearbeitet und bei den Spezialfinanzierungen bleibt einfach die Abfallentsorgung das Sorgenkind und dann gibt es wirklich bald eine Gebührenerhöhung, sonst haben wir dort ein grösseres Problem. Der Budgetwert beim baulichen und betrieblichen Unterhalt der Gemeindeliegenschaften ist noch einmal, wie schon im letzten Jahr, um eine halbe Million unterschritten worden. Wünschens- und erstrebenswert wäre hier wohl endlich, und ich betone endlich, ein pragmatischer Realitätscheck. Nichtsdestotrotz, wir von der Grüne-Fraktion stimmen der Jahresrechnung 2025 zu und danken der Verwaltung für die geleistete Arbeit und speziell Jonas Weil viel Musse im Vorruhestand.

Gasser Thomas, FDP: Ich will nicht zu lange werden, wir haben es gesehen in der Jahresrechnung, sie schliesst mit einem Gewinn von rund 670'000 Franken ab. Mehr Einkommenssteuern budgetiert als eingenommen, weniger Investitionen tätigt als budgetiert oder um es mathematisch zu sagen, Minus plus Minus gibt halt manchmal auch ein Plus. Dieser Überschuss sollte uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, was in den nächsten Jahren noch kommen wird. Wir haben es gehört, die rund 3 Mio. Franken, nicht umgesetzten Investitionen, die stehen noch an. Daneben haben wir Renovationsprojekte wie der Worboden oder auch den Wislepark. Die Bevölkerung in Worb muss sich langsam bewusst werden, dass die finanzielle Verantwortung beim eigenen Portemonnaie anfängt und nicht blauäugig zu denken, es zahlen dann schon die anderen. Nichtsdestotrotz, die FDP-Fraktion wird diese Jahresrechnung genehmigen und verdankt auch den Verfassern die Arbeit.

Hodler Adrian, ASK: Es ist jetzt auch schon zweimal angetönt worden, das mit dem Worboden und der Investitionsrechnung und was da genau gelaufen ist. Also die ASK beschäftigt sich mit dem Thema und wird euch, wie wir ja auch schon gehört haben, in einer der nächsten Sitzungen informieren.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. a der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung per 31. Dezember 2025 mit Aktiven und Passiven von CHF 79'701'724.63 und einem Ertragsüberschuss von CHF 668'034.31 wird genehmigt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Sanierung 'Wislepark': Separate Abstimmung über die Projekte 'Schwimmbad' und 'Kunsteisbahn'", Motion der Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 5	Beschlusnummer 2025/28-91	Geschäftsnummer 40262	Archivnummer 10/10/11
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	--------------------------

Detailberatung

Burkhard Urs, Grüne: Wir stehen am Anfang von einem der grössten Sanierungsprojekte in unserer Gemeinde vor der Sanierung des Wisleparcs. Noch sind die Pläne nicht finalisiert und genau darum ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um Leitplanken zu setzen. Wir Grüne stehen hinter einem lebendigen Wislepark und darum sind wir der Meinung, dass die Vorhaben Sanierung Badi und Erneuerung Eisbahn ein Maximum an demokratischer Legitimation brauchen. Wir wollen verhindern, dass wir am Schluss vor einem unteilbaren Gesamtpaket stehen, das die Bevölkerung vor ein unmögliches Dilemma stellt, frei nach dem Motto doppelt oder eben nichts. Die Badi gehört zur Identität unserer Gemeinde und der Erhalt steht für die meisten Menschen im Worb ausser Frage. Die Erneuerung der Eisbahn hingegen ist ein Projekt, das weitaus umstrittener ist. Die notwendige Sanierung der Badi wird an die Erneuerung der Eisbahn gebunden und damit die Eisbahn am Ende akzeptiert wird, nicht weil das Konzept überzeugt, sondern weil niemand riskieren will, am Schluss ohne Badi da zu stehen. Und ein solches Vorgehen ist politisch unredlich. Das ist das Gegenteil von transparenter Politik und ein Misstrauensvotum gegenüber der Urteilskraft unserer Stimmbevölkerung. Die beiden Vorhaben sind baulich völlig unterschiedliche Sachen. Wir erneuern hier zwei komplett unterschiedliche Infrastrukturen mit verschiedenen Lebenszyklen. Dass die beiden Anlagen energetisch vernetzt und technisch verflochten sind, Leitungen zwischen den Gebäuden verlaufen und das Personal flexibel arbeitet, ist eine Frage eines effizienten Managements und der Ingenieurskunst und kein Grund, die demokratische Mitbestimmung einzuschränken und kein Hindernis für eine getrennte Vorlage. Die Trennung schafft die nötige Kostentransparenz und ist zudem eine strategische Notwendigkeit gegenüber unseren Nachbargemeinden. Der Wislepark wird regional genutzt, Worb jedoch trägt die finanzielle Last praktisch allein. Wenn die Eisbahn als eigenständige Vorlage erscheint, wird sichtbar, dass sie keine Selbstverständlichkeit ist und das erhöht den Druck auf die Nachbargemeinden massiv, sich endlich verbindlich an den Kosten zu beteiligen, statt sich auf freiwillige Beiträge auszuruhen. Dass eine getrennte Beurteilung machbar ist, zeigt auch die jüngste Geschichte der Anlage. Die Energiegewinnung respektive die Kälteanlage ist vor rund drei Jahren als eigenständige Etappe saniert worden. Auch wenn technische Energien bei der Abwärme bestehen, rechtfertigt das noch keinen politischen Schicksalsgemeinschaften Raum. Es gibt keinen Grund, diese Projekte jetzt finanziell miteinander zusammenzuketten, und eine mögliche Ablehnung der Erneuerung der Eisbahn bedeutet nicht das Ende der Eisbahn. Für uns Grüne ist die Motion ein Gebot der finanziellen Ehrlichkeit. Ein Gesamtpaket ist ein unnötiges Risiko. Wir wollen nicht, dass am Schluss gar nichts saniert wird und das Projekt an der Urne aufgrund eines einzelnen Teils scheitert. Und wer davon überzeugt ist, dass beide Projekte mehr verdienen können, der muss auch den Mut haben, sie einzeln zur Debatte zu stellen. Wenn wir heute die Motion überweisen, geben wir dem Gemeinderat und dem Verwaltungsrat eine klare Vorgabe respektive Botschaft, plant ehrlich, plant transparent, plant getrennt. Geben wir der Bevölkerung die Freiheit, über die Zukunft des Wislepark zu entscheiden. Alles andere ist ein Versteckspiel auf Kosten von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Ich bitte euch im Namen der grünen Fraktion, die Motion zu überweisen. Dadurch wird eine ehrliche Debatte für Worb ermöglicht und ihr unterstützt eine transparente Lösung. Die Stimmbevölkerung soll entscheiden können, geben wir ihr die Möglichkeit, das schafft Vertrauen in die Politik und sichert die Zukunft von unseren Sportanlagen auf einem soliden Fundament.

Federer Guido, SP: Die Motion gaukelt eine Entscheidungsmöglichkeit vor, die so gar keinen Sinn ergibt, weil die Eisbahn und das Schwimmbad stark voneinander abhängen. Wenn wir bei einer Aufteilung der Sanierung, die eine Vorlage ablehnen würden, dann würden auch die Kosten und die Wirtschaftlichkeit der anderen Vorlage, also von der Eisbahn oder vom Schwimmbad, nicht mehr stimmen. Genau dasselbe gilt auch für den Betriebsbeitrag. Wir würden also so nur die Stimmbevölkerung täuschen. Ich vermute jetzt einmal oder ich habe vermutet und Urs hat mir das eigentlich so ein bisschen bestätigt mit seinem Votum, es geht eigentlich um die Abschaffung der Eishalle, dass das der tiefere Zweck ist von dieser Motion. Wenn das so ist, dann würden wir es aber begrüßen, dass man hinsteht und kommuniziert und darauf hinwirkt, dass die Vorlage auch insgesamt nur die Sanierung des Schwimmbads umfasst, dann könnte man auch inhaltlich darüber diskutieren. Aus Sicht der SP wird die demokratische Mitbestimmung nicht eingeschränkt. Die Bevölkerung kann Ja oder Nein sagen zu einem Projekt, das zuerst durch den Verwaltungsrat entwickelt, durch die Spezialkommission beraten, durch den Gemeinderat und das Parlament abgesegnet und dem Volk vorgeschlagen wird. Ich kann es insgesamt kurz machen, die SP unterstützt die Stellungnahme des Gemeinderates in allen Punkten und wird die Motion als nicht erheblich erklären.

Stucki Daniel, FDP: Die vorliegende Motion wirkt auf den ersten Blick sympathisch, mehr Mitsprache, mehr Transparenz, mehr Wahlfreiheit. Wer könnte eigentlich dagegen sein? Aber genau hier liegt eben der Hund begraben. Die Motion suggeriert, dass das Schwimmbad und die Kunsteisbahn zwei unabhängige Projekte seien und die Bevölkerung frei wählen könnte, welchen Teil sie behalten will und welchen nicht. Gemäss Stellungnahme des Gemeinderates ist das jedoch nicht der Fall. Der Wislepark funktioniert betrieblich, technisch und finanziell als Gesamtsystem. Eine Ablehnung eines Teilprojekts hätte Auswirkungen, weit über die betroffenen Bereiche hinaus und würde das gesamte Betriebskonzept in Frage stellen. Wir sollten keine Scheinalternative schaffen. Wahlfreiheit ist wichtig, aber nur dort, wo tatsächlich eine Wahl besteht, wenn zwei Bereiche miteinander verbunden sind, dann erzeugt eine künstliche Aufteilung nicht mehr Demokratie, sondern weniger Transparenz. Die Bevölkerung soll selbstverständlich entscheiden können, aber über echte Varianten, über Umfang, Standard und Finanzierung des Gesamtprojekts, nicht über einzelne Bestandteile, bei denen die Konsequenzen erst nach der Abstimmung herauskommen. Wer Verantwortung übernimmt, muss offenlegen, was ein Nein tatsächlich bedeutet, auch bezüglich Betriebs-, Folgekosten und Zukunft des Gesamtangebots. Darum bitte ich euch, erklärt diese Motion als nicht erheblich, nicht weil wir nicht mitbestimmen wollen oder eine Mitbestimmung verhindern wollen, sondern weil wir eine ehrliche und verantwortungsvolle Mitbestimmung wollen.

Graf Stefan, GLP: Besten Dank Grüne für eure Motion. Wie der Vorredner haben auch wir durchaus gewisse Sympathien für den Vorstoss. Auch wir sind für Transparenz und fördern einen demokratischen Prozess. Die finanzielle Lage im Wislepark ist ernst. Und es stehen teure Sanierungen an. Da ist es richtig, dass ihr die Frage stellt, ob sich unsere Gemeinde ein Schwimmbad und eine Kunsteisbahn leisten kann. Das ist aber eine schwierige Entscheidung und da müssen das Parlament und das Stimmvolk mitentscheiden, da gehen wir mit euch einig, aber zum Glück ist es auch noch nicht so weit. Bei der anstehenden Abstimmung zur Sanierung finden wir eine Aufteilung nicht zielführend. Der Wislepark ist als Einheit konzipiert und muss jetzt auch so angeschaut werden. Die gemeinsamen betrieblichen und technischen Berührungspunkte zwischen Schwimmbad und Eisbahn sind zu gross. Die Mitte/GLP-Fraktion unterstützt heute die Haltung des Gemeinderates, die Argumente haben uns überzeugt, wir sagen heute einstimmig Nein zur Erheblicherklärung der Motion.

Cetin Mayk, EVP: Rolf hat es schon gesagt, ich habe mich heute noch nicht gemeldet, jetzt muss ich trotzdem kurz. Und ich werde auch nur ergänzend auf diese Motion reagieren. Ich bin froh, dass wir wahrscheinlich eine Mehrheit haben, um die Motion nicht erheblich zu erklären. Wir werden sie auch nicht als erheblich erklären. Vielleicht noch zwei Dinge die noch nicht genannt wurden. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Vorlage als Gesamtpaket dreimal vor dem Volk war, und dreimal hat das Volk Ja zu diesem Paket gesagt, und das ist eine Einheit, wie wir schon gesagt haben. Bezüglich demokratischer Entschädigungen, wir haben auch das Volk dreimal gefragt, dass ist das eine und das andere ist, ich weiss nicht, wie gut es wäre für den innerlichen Gemeindefrieden, wenn wir zwei Sportarten oder Bereiche gegeneinander hetzen würden. Ich glaube, so kommt es mit Interesse auf der einen und auf der anderen Seite und ich glaube, das würde nicht unserem sozialen Frieden dienen in der Gemeinde. Also auch wir werden die Motion nicht als erheblich erklären.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Nur der Vollständigkeit halber, auch die SVP schliesst sich vor allem den Vorrednern an, die die Motion als nicht erheblich erklären wollen und wir folgen in allen Punkten dem Gemeinderat.

Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Besten Dank für die Debatte. Das Allermeiste, was ich mir aufgeschrieben habe, ist gesagt worden. Ich füge einfach gerne noch etwas an. Also eben gemäss der Motion soll das Volk entscheiden, ob jetzt entweder die Badi oder die Eisbahn, du redest jetzt vor allem von der Eisbahn, geschlossen werden soll und das suggeriert, das ist auch schon gesagt worden, dass alles andere normal weitergeführt werden kann und diese Vorstellung ist leider falsch. Der Wislepark wird völlig anders, wenn eines dieser grossen Anlagenteile geschlossen wird. Wenn man sich jetzt zum Beispiel den Wislepark ohne Eisbahn vorstellt. Ihr wisst, die Abwärme der Eisbahn ist für die Heizung des Hauses zuständig, es ist auch für die Badwassererwärmung da und wenn die Kunsteisbahn nicht mehr wäre, dann müsste man mindestens auch die Heizung des Wisleparcs neu machen. Die Badwassererwärmung, die müsste man auch neu denken und die Nachsaisonschwimmerei, die wäre halt dann hinfällig, ist halt so. Ohne Kunsteisbahn ist der Wislepark ab Mitte September tot. Es gibt keinen Publikumsverkehr mehr und die Frage ist dann nachher, kann man dann auch das bisschen Fitness und Wellness gleich weiterführen, man kann entscheiden, wie man will, aber man muss es klären oder man muss klären, was man mit diesen Räumen anfängt und was ist denn mit der leeren Eishalle? Was löst das für Kosten aus? Wie ist es mit dem Curling, kann man das dann noch brauchen, ist das noch bezahlbar, wenn die Kältemaschine nur noch für das Curling arbeiten sollte? Auch hier sind Klärungen erforderlich, bevor wir in eine Abstimmung gehen können. Und dann wissen wir auch, die Umstellung auf den Saisonbetrieb hat natürlich auch Auswirkungen auf das Personal und da muss man klären, was das für Kosten auslöst, das kann teurer werden oder billiger, aber man muss es einfach wissen. Das Stimmvolk ist darauf angewiesen, dass sie wissen, was sie bekommen, wenn sie jetzt dem zustimmen oder eben nicht zustimmen. Sie müssen das Wissen, wir müssen die Szenarien sauber ausschaffen. Ich habe darum, also das Ausschaffen dieser Szenarien eben Wislepark, neu ohne Kunsteisbahn oder mehr einen Wislepark ohne Badi, weil es ja wohl nicht so realistisch ist, aber ohne Kunsteisbahn, das bedingt relativ ein umfangreiches Projekt. Man muss herausfinden, wie dann der Wislepark ist, falls eben dann die Kunsteisbahn fehlt und man muss wissen, was für Umstellungskosten das auslöst und man muss wissen, was das für jährliche Kosten es auslöst, das will das Stimmvolk wissen. Und damit wir jetzt da endlich einen Schritt weiterkommen, brauche ich schon eine Erklärung, ich habe diese Frage an die Kommission ganz früh gestellt und da hat es geheissen, wir halten daran fest, dass weiterhin eine Kunsteisbahn und eine Badi in diesem Wislepark sind, wenn man das nicht will, dann muss man das jetzt früh sagen, dass man das entsprechend ausschaffen kann. Das ist einfach ein rechter Hosenlupf und den wissen wir jetzt im Moment noch nicht. Der Gemeinderat empfiehlt, wie das auch die Kommission festgehalten hat, dass das Parlament am bisherigen Szenario Wislepark mit beidem festhält. Alle die bisherige Planung, die man jetzt durchgeführt hat, ist von diesem Szenario ausgegangen und wir sagen einfach, haltet daran fest und erklärt die Motion als nicht erheblich, damit wir da jetzt wirklich endlich einen Schritt weiterkommen.

Beschluss:

Die Motion der Grüne-Fraktion mit dem Titel "Sanierung 'Wislepark': Separate Abstimmung über die Projekte 'Schwimmbad' und 'Kunsteisbahn'" wird mit 30 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung als nicht erheblich erklärt.

"Entwicklung der Verwaltungskosten und externe Dienstleistungen", Postulat der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 6	Beschlussnummer 2025/28-92	Geschäftsnummer 40003	Archivnummer 13/10
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Stucki Daniel, FDP: Besten Dank für die vorliegende Stellungnahme zum Postulat Entwicklung der Verwaltungskosten und externer Dienstleistungen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat verschiedene Instrumente zur Steuerung und Beurteilung der Verwaltungstätigkeit einsetzt, darunter Benchmarking, Budgetprozess, Vorgaben im Beschaffungswesen sowie eine Digitalisierungsstrategie. Es ist positiv, dass solche Grundlagen vorhanden sind und genutzt werden. Gleichzeitig müssen wir aber festhalten, die vorliegende

Antwort vermag uns inhaltlich nicht zu überzeugen. Das Anliegen unseres Postulats war nicht in erster Linie die Einführung eines neuen Instruments oder die Auslösung einer teuren externen Studie. Unser Anliegen war und ist die Transparenz über die Entwicklung der Verwaltungskosten, über den Einsatz von externen Dienstleistungen und über die Frage, wie die Gemeinde ihre Organisation langfristig effizient weiterentwickeln kann. Der Gemeinderat führt aus, dass bereits heute genügend Informationen vorliegen, um die Effizienz und Wirksamkeit der Verwaltung beurteilen zu können. Genau aus dem ergibt sich aus unserer Sicht aber die entscheidende Folgefrage, welche Erkenntnisse ergeben sich konkret aus diesen Informationen? Uns fehlen in der Antwort insbesondere die Ergebnisse der bestehenden Analyse. Es wird nicht aufgezeigt, wo Worb beim Vergleich zu strukturell ähnlichen Gemeinden steht. In welchen Bereichen Abweichungen bestehen und welche Schlussfolgerungen daraus gezogen werden? Wir möchten deshalb klar festhalten, dass wir mit dem bisherigen Erkenntnisstand und mit den bisherigen Antworten nicht zufrieden sind. Wir sind aber gleichzeitig überzeugt, dass das Thema konstruktiv weiterbearbeitet werden kann, ohne zusätzliche Grossprojekte und ohne unverhältnismässigen Aufwand. Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf, die bereits bestehenden internen Grundlagen und Benchmark-Auswertungen vertieft zu analysieren und dem Parlament aufzuzeigen. Welche fünf grössten Abweichungen gegenüber den definierten Referenzgemeinden bestehen, wie die Abweichungen erklärt werden können, welche Bereiche aus Sicht des Gemeinderats besonders Handlungsbedarf aufweisen und mit welchen konkreten Massnahmen die Entwicklung künftig aufgefangen werden kann, gesteuert oder verbessert werden. Niklaus hat es vorhin bei der Digitalisierung aufgezeigt, mit einer einfachen Folie kann man Konsequenzen aus Berichten ableiten und dem Parlament aufzeigen. Uns geht es also ausdrücklich nicht darum, die Verwaltung, um jeden Preis abzubauen oder bereits geleistete Arbeit in Frage zu stellen, uns geht es darum, dass das Parlament seine Steuerungs- und Aufsichtsfunktion wahrnehmen kann und dafür nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen erhält. Wenn die Daten bereits vorhanden sind, sollte es doch möglich sein, daraus Transparenz zu schaffen und dem Parlament die wichtigsten Erkenntnisse daraus aufzuzeigen. Wir werden diesem Thema also ganz im Sinne der Beharrlichkeit, nicht wahr, Urs, weiterverfolgen und erwarten, dass die vorhandenen Instrumente nicht nur beschrieben, sondern ihre Ergebnisse und die aus den abgeleiteten Massnahmen künftig sichtbar gemacht werden. Aus diesem Grund bitten wir euch, dem Gemeinderat nicht zu folgen und das Postulat als erheblich zu erklären.

Marthaler Matthias, SP: Ich kann es ganz kurz machen. Mit der Argumentation und Antwort des Gemeinderatessind wir nicht ganz einverstanden und wir unterstützen die FDP da mal mit ihrer Beharrlichkeit, die SP Worb wird das Postulat der FDP als erheblich erklären.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Grundsätzlich begrüssen wir, dass die gesamte Verwaltung jeweils gut überlegt, ob externe Unterstützung bei Dossiers nötig ist oder nicht, logisch, externe Dienstleistungen und Beratungen kosten meistens separat pro Dossier. Wir sind der Ansicht, dass das "Füfi u z Weggli" nicht geht, das heisst, entweder haben wir in der Verwaltung gut ausgebildetes Fachpersonal, das in der Lage ist, die meisten Dossiers intern und fachlich kompetent zu beurteilen, oder wir fahren die Verwaltung hinunter und lassen uns fast ausschliesslich extern beraten oder ziehen ausschliesslich externe Dienstleister für diese Arbeit hin. Wir von der SVP sind der Meinung, dass wir in der Verwaltung genügend Fachpersonal haben, um die Dossiers grosso modo intern zu beraten und zu beurteilen. Wir ermuntern hiermit natürlich die Departementsvorsteher und die Verwaltung dazu, externe Beratungen und Notwendigkeiten in Anspruch zu nehmen. Ein gutes Beispiel für das Dilemma, sage ich jetzt einmal, ist vielleicht gerade dieser Vorstoss hier, den wir hier behandeln, er verlangt sehr, sehr umfassende Abklärungen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass, wenn wir diesen Vorstoss hier heute Abend erheblich erklären, es ab morgen in den Departementen heisst, wir hätten unmöglich die Kapazität, das alles zusammen aufzuarbeiten, wir müssten da unbedingt eine externe Hilfe zuziehen. Das sind auch jedes Mal wieder Kosten und wir folgen hier heute Abend, dem Gemeinderat und werden diesen Vorstoss als nicht erheblich erklären.

Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich habe mit Interesse die Ausführungen namentlich von dir, Daniel, gehört. Die Differenz ist gar nicht so gewaltig, weil die Instrumente existieren, die zu den Ergebnissen führen, die du eigentlich erwartest. Du willst einfach sehen, wie ist der Vergleich, was sind die Schlüsse, die wir aus dem Vergleich ziehen, mehr willst du gar nicht und ich gehe jetzt gerne auf das PublicXdata ein, das eben unser Instrument ist, um uns solche Erkenntnisse zu verschaffen. PublicXdata ist ja vielleicht für viele von euch eher so ein bisschen ein Zauberwort, aber das ist leicht zu erklären. PublicXdata, das ist ein Start-up, das 2020 gegründet wurde, wir machen seit 2022 mit, mittlerweile hat die Zahl der Gemeinden, die

mitmachen, stetig zugenommen, aktuell sind es über 100. Und jetzt macht es eben auch Sinn, wenn natürlich eine genug grosse Masse mitmacht, dann machen die Vergleiche auch Sinn und PublicXdata funktioniert so, dass man in 31 Leistungsbereichen, all die, die jetzt da aufgezeichnet sind, dass man anhand von 80 Kennzahlen da einen Vergleich mit den Teilnehmenden Gemeinden vornimmt. Ihr seht die Leistungsbereiche, zum Beispiel Gemeindestrassen, ihr seht es hat hier drei ausgefüllte Sterne, das heisst, das ist mehr als 10% besser, also die Kosten sind mehr als 10% tiefer als der Median, also sieht man auf einen Blick, die Gemeindestrassen sind gut. Und dann seht ihr den ÖV, das hat drei leere Sterne, das heisst, da sind wir mehr als 10% teurer als der Median. Jetzt natürlich die Frage, was folgen wir daraus, man könnte sich auf die Achsel hauen und sagen, ja bei den Gemeindestrassen sind wir gut, da sind wir kostengünstig unterwegs, aber es könnte auch heissen. Wir haben es schon gehört, wir machen vielleicht zu wenig. Also das ist nicht einfach so kurz hinschauen und nachher wissen, also da muss man sich schon gerade ein bisschen etwas überlegen. Beim ÖV wissen wir natürlich, da sind wir teuer, weil wir halt einfach ein unglaublich gutes ÖV-Angebot haben, also das ist weiter nicht erstaunlich. Also so geht das PublicXdata in die verschiedenen Leistungsbereiche durch, man sieht, wo man stark ist auf einen Blick und wo man schwach ist, aber die Folgerungen muss man dann nachher noch selbst ziehen. Das ist nachher ein Vergleich zwischen den Gemeinden. Da habe ich gerade ein bisschen Angst, ihr seht es wahrscheinlich nicht so recht, ich habe hier ein paar herausgenommen, das ist jetzt nicht, um auf die Frage einzugehen, die ursprünglich von der FDP gestellt wurde. Jetzt wieder die Gräber, oder ihr seht die Bruttokosten pro Grab, das sind irgendwie 218 Franken pro Grab, da haben wir einen grünen Balken nebenan, das heisst, da sind wir um so viel besser als der Median. Der Median, der ist da unten an einem Ort, da, wo Emmen, Adliswil und Therwil sind, die sind da so ein bisschen in der Mitte und dann gibt es unten nachher Steinach zum Beispiel, ich weiss nicht, wo diese Gemeinde ist, die hat unglaublich grosse Kosten pro Grab, die das halt auslöst. Also das ist ein ganz interessanter Vergleich, aber wir müssen natürlich dann versuchen zu verstehen, warum ist das so, was ist da genau dahinter. Ich habe noch mehr solche Vergleiche herauskopiert, zum Beispiel die Feuerwehr. Bruttokosten zum Beispiel pro Einwohnerin oder Einwohner, man kann auch Bruttokosten pro Fläche oder so kann man dort herausfiltern bei der Feuerwehr, aber jetzt nehme ich mal Bruttokosten pro Einwohner noch. Hier sind wir ziemlich genau im Median, ihr seht in der Mitte also so wie etwa der Durchschnitt der Gemeinde ist. Nachher die Gemeindestrasse, ich habe sie schon erwähnt, da sind wir ein bisschen günstiger als der Median, ihr seht einfach den gelben Pfeil, das ist Worb, da sind wir noch im grünen Bereich, nachher auch noch die allgemeine Informatik, die Kosten pro Einwohner und eben dann sind wir wohl langsam bei dem Bereich, wo es dich interessiert. Da sind wir auch noch ein bisschen auf der positiven Seite. Ich habe jetzt einfach die herausgepickt. Es gibt auch solche, wo wir auf der roten Seite sind, ist halt wie es ist, eben beim ÖV habe ich es schon erwähnt, dort wären wir jetzt ein bisschen im roten Bereich. Also das ist die Art und Weise, wie PublicXdata mal Vergleiche macht, nachher sieht man weiter, wie sich eben die Kosten entwickeln, das sind jetzt die Kosten der allgemeinen Informatik. Ihr seht, das Grüne, das sind wir, das Dicke, das sind die Kosten, die die Informatik bei uns auslöst pro Einwohner, der Median, das ist die Linie da unten, also da sind wir ein bisschen teurer gewesen als der Median und jetzt hier im 2024 sind wir, wie ich das vorhin erwähnt habe, eben ein bisschen günstiger als der Median, oberhalb vom hellblauen. Also 25% von den Gemeinden, jetzt muss ich aufpassen, wenn ich sage, sind teurer und 25% von allen Gemeinden sind günstiger als der Dunkelblaustrich, also das ist so ein bisschen wie man es einreihen kann, aber eben das müssen wir jetzt studieren und nachher die nötigen Schlüsse daraus herausziehen. PublicXdata macht noch viel mehr. sie machen jedes Jahr ein spezielles Projekt, man hat beispielsweise im 2024 die Freibäder miteinander verglichen, und zwar hat man da jetzt eine Auslesung genommen, die für uns jetzt auch sinnvoll ist, man hat nämlich bernische Gemeinden genommen, die eine Badi haben. Ihr seht Steffisburg, Lyss, Spiez, Uetendorf, Worb, dann ist auch Burgdorf und Kirchberg und all die Felder, die rot sind, da ist man überdurchschnittlich teuer. Und dort, wo es grün ist, ist man überdurchschnittlich billig oder gut und gelb ist es auch in der Mitte und jetzt könnt ihr schauen, da stehen wir gar nicht so schlecht da als Worber und eben das ist auch genau der Bereich, Daniel, wo du dir vorgestellt hast, solche Überlegungen sollte man machen und dann wüsste man, wir müssen es einfach noch bekanntgeben können. Also das Gleiche hat man für die Feuerwehr gemacht, auch hier, ihr seht, ist man orange also eher auf der teureren Seite. Ich habe versucht zu zeigen, was die Methode des PublicXdata ist. Das ist viel aussagekräftiger als die früheren Benchmarks, die man hatte, wo man irgendwelche Finanzkennzahlen genommen hat, und man hat am Schluss gewusst, der Steuerfuss ist halt hoch, darum sind wir schlecht. Hier schaut man viel mehr ins Detail und versucht herauszufinden, wie die Gemeinden hier im Vergleich sind. Aber selbst dann muss man sich dann trotzdem noch überlegen, was ist der Grund, warum wir jetzt da vielleicht so viel günstiger sind oder warum wir da so viel teurer sind. Also es braucht noch gerade ein bisschen etwas. Man kann nicht einfach so per se

die Zahlen nehmen und dann ist alles klar, sondern man muss genau überlegen, warum sind wir da speziell gut oder speziell schlecht. Ich finde, die Differenz ist nicht gross, Daniel, darum würde ich mich jetzt nicht dagegenstemmen, dass man das Postulat überweist. Ich würde einfach auf der Basis der PublicXdata versuchen, die Schlüsse zu ziehen. Wie fest man die zeigen kann, ist mir noch nicht so klar. Also es braucht dann schon noch gerade ein bisschen etwas mehr. Aber ich würde mir überlegen, wie gut man das nachher auch veröffentlichen kann natürlich, aber wir sind so oder so unterwegs mit dem Instrument, wir werden im August einen Vertreter haben von PublicXdata, wo uns jetzt die aktuellen Benchmarks vorstellt und dann wird auch der Gemeinderat da mehr und mehr in die Sache einbezogen.

Stucki Daniel, FDP: So, werte Digitalisierung, ich rede noch einmal. Also besten Dank, Niklaus, für die Erklärungen, das ist genau das, was ich gesagt habe, oder die Grundlagen, die bestehen ja, aber ich möchte auf den Titel des Postulats aufmerksam machen. Es geht um die Verwaltungskosten, nicht um die Gemeindestrassen, nicht um die Badi, nicht um dieses oder eines. Ein Punkt ist beispielsweise die Informatik, ja, das ist sicher ein Punkt, den man dort rein nehmen kann. Aber ich wäre froh, wenn man eben dort mal einfach eine einfache Auflistung machen kann, wo stehen wir gegenüber den Gemeinden, den Referenzgemeinden und was ziehen wir für Massnahmen daraus, um uns zu verbessern, das ist ein reiner Führungsprozess schlussendlich. Also besten Dank, ihr habt den Gemeindepräsidenten gehört, er hat nichts dagegen, wenn wir das überweisen würden, ich bitte euch noch einmal, mir zu folgen und das Postulat als erheblich zu erklären.

Beschluss:

Das Postulat der FDP-Fraktion mit dem Titel "Entwicklung der Verwaltungskosten und externe Dienstleistungen" wird mit 20 zu 17 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

"Streichung des Skilagers Rüfenacht", Interpellation der SVP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 439	22.06.2026	7	2025/28-93	40005	16/31/9

Detailberatung

Meister Stefan, SVP: Um die Frage gerade zu beantworten, nein, sind wir nicht, und zwar aus ganz verschiedenen Gründen. Also da wird zum einen gesagt, die Bedarfsabklärung ist nicht durchgeführt worden, weil das nicht dem Standard entspricht. Genau bei solchen Themen wäre es halt dann vielleicht schon ein bisschen angebracht, oder? Denn es hat sich ja nachher eine Interessengruppe von verschiedenen Eltern gebildet, die proaktiv auf die Schulleitung zu sind, jedoch hat man die Interessen der Eltern einfach nicht wahrgenommen. Weiter wird auch festgehalten, dass ein solcher Anlass ganz viele Helfer braucht, und es sei schwierig, diese zu finden. Und genau diese Interessensgruppe der Eltern ist ja genau mit diesem Anliegen auch an die Schulleitung herangetreten und auch dort ist man wieder nicht gehört worden. Was dann das Gute war, schlussendlich hat ja Frau Wirz, die Lehrperson, sich eingesetzt, dass man eigentlich im Rahmen des Sunrise Snow Day doch noch einen Tag auf der Axalp verbringen konnte. Festzuhalten gilt es dann insbesondere, dass die Kommunikation extrem zu verbessern ist, denn die Antwort auf den Punkt 2.4. "Die Kommunikation an die Eltern erfolgte transparent, jedoch nicht einheitlich." Was heisst jetzt das genau, das möchte ich mir dann schon noch kurz gerne erklären lassen. Genau solche Vorkommnisse müssen aus unserer Sicht. in Zukunft unbedingt vermieden werden. Das Skilager ist nach wie vor ein schulischer Anlass, auf den sich ganz viele Kinder immer freuen, auch wenn das nicht für alle Kinder und alle Eltern gerade im Vordergrund steht. Von meiner Seite her noch kurz, so ein Skilager könnte ja auch als Teil zu einer erfolgreichen Integration angeschaut werden.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SVP-Fraktion mit dem Titel "Streichung des Skilagers Rüfenacht" wird Kenntnis genommen.

"Weiterentwicklung der Bibliothek Rüfenacht nach einem Umzug ins Zentrum", Postulat der Grünen-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 8	Beschlusnummer 2025/28-94	Geschäftsnummer 40264	Archivnummer 16/71
--------------------	---------------------	-----------------	------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Brincker Julia, Grüne: Im Februar haben wir im Parlament bereits über die Bibliothek Rüfenacht gesprochen und den Kredit für den neuen Standort im Zentrum bewilligt. Heute geht es um den nächsten Schritt. Nutzen wir diesen neuen Standort einfach als neuen Raum oder nutzen wir ihn als Chance, die Bibliothek für Rüfenacht weiterzuentwickeln. Der Umzug ins Zentrum ist mehr als eine räumliche Verschiebung. Eine zentral gelegene Bibliothek ist sichtbarer, besser erreichbar und näher am Alltag der Menschen und genau darin liegt ihr Potenzial. Wenn wir als Gemeinde in diesen neuen Standort investieren, sollen wir deshalb fragen, was soll diese Bibliothek künftig für Rüfenacht leisten. Für uns Grüne ist klar, eine Bibliothek ist ein Bildungs- und Kulturort, sie unterstützt Kinder beim Lesen lernen, bietet Jugendlichen einen ruhigen Lernort, bringt Familien zusammen und kann Menschen erreichen, die sonst vielleicht wenig Zugang zu Bildungs- und Kulturangeboten haben. Damit die Bibliothek dieses Potenzial entfalten kann, müssen die Öffnungszeiten zur Lebensrealität der Menschen passen. Berufstätige, Familien, Schülerinnen und Schüler und Lernende haben nicht alle den gleichen Tagesrhythmus. Besonders wichtig ist uns auch die Frage, wie die Bibliothek stärker als Ort zum Verweilen und Treffen genutzt werden kann. Denkbar wären zum Beispiel Vorlesestunden für Kinder, Eltern-Kind-Aktivitäten zur früheren Sprachförderung, ein Sprachcafé oder ein Sprachtandem, aber auch Angebote wie "Läse und Lisme", bei dem Menschen zusammenkommen und eben stricken können oder so. Auch für Jugendliche, Lernende oder Studierende könnte die Bibliothek ein wichtiger Ort sein, so ein Lernort eben, denn meines Wissens gibt es in Worb und Rüfenacht keinen Coworking-Space, also für mich als Studentin bedeutet das, dass ich, wenn ich nicht zu Hause lernen möchte oder kann, dann fahre ich meistens in die Stadt und dafür wäre ein Arbeitsort in der Gemeinde wertvoll. Eine solche Bibliothek funktioniert aber auch nicht isoliert, man sollte die Schule, Tagesschule, Vereine, Jugendarbeit und weitere lokale Akteure vernetzen. Auch für die Integration kann sie eine wichtige Rolle spielen, denn Sprache lernt man nicht nur im Kursraum, sondern eben auch im Alltag, beim Lesen, Vorlesen, Fragen, Zuhören und so weiter. Prüfwert sind zudem ein kontrollierter Zugang ausserhalb der betreuten Öffnungszeiten sowie eine bessere Erfassung der Nutzung. Unser Postulat verlangt einfach eine sorgfältige Prüfung, also was ist kurzfristig möglich, was ist mittelfristig sinnvoll und welche Kosten entstehen. Wenn wir schon in einen neuen Standort investieren, dann sollten wir auch sicherstellen, dass diese Investition Wirkung entfaltet, also für die Bildung, für die Integration, für das Dorfzentrum und für die Lebensqualität in Rüfenacht. Ich bitte euch deshalb, das Postulat als erheblich zu erklären.

Hodler Adrian, SP: So, ich habe noch einmal das Vergnügen. Ich stehe hier in einer doppelten Funktion, einerseits als Sprecher der SP-Fraktion und andererseits als Präsident des Vereins Bibliothek Rüfenacht, der die Bibliothek in Rüfenacht im Auftrag der Gemeinde betreibt. Vorweg, die SP unterstützt voll und ganz, dass im Dorfzentrum von Rüfenacht eine attraktive Bibliothek entsteht. Sie soll, wie wir es gehört haben, ein Treffpunkt für Jung und Alt werden und eine kulturelle Bereicherung für die ganze rüfenachter Bevölkerung werden. Deshalb unterstützen wir die Stossrichtung dieses Postulats. Aber dieser Vorstoss ist eigentlich unnötig, indem dass ein umfassender Bericht gefordert wird, wird aus unserer Sicht einzig und allein die Verwaltung bemüht und zwar aus folgenden Gründen. So könnte man die meisten Fragen auch ohne aufwendigen Bericht beantworten. Die wichtigsten Benutzerzahlen stehen zum Beispiel im Verwaltungsbericht. Vor allem aber hätten die Postulanten das Gespräch mit der Bibliothek suchen können, dann hätten wir ihnen mit Freude erklärt, wie die Zusammenarbeit mit der Schule und der Tagesschule heute schon funktioniert, was die Bibliothek für Anlässe im Programm hat, insbesondere eine monatliche Vorlesungsstunde für Kinder. Und man hat ja noch mit Freude erzählt, dass es zum Beispiel bereits konkrete Bemühungen gibt, in Zukunft einen kontrollierten Zugang auch ausserhalb der regulären Öffnungszeiten anzubieten. Dass dieser Vorstoss ohne Einbezug der Direktbetroffenen eingereicht wurde, hat in der Bibliothek für Irritationen gesorgt. Dazu kommt, dass die Fragen ohnehin im Rahmen von einem parlamentarischen Geschäft geprüft werden müssen. Wie der Gemeinderat auch schon früher ausgeführt hat, wird er im Hinblick auf den neuen Standort mit dem Verein Bibliothek Rüfenacht einen neuen Leistungsvertrag aushandeln und darin können problemlos längere Öffnungszeiten, spezifische Angebote und so weiter vereinbart werden. Im Zusammenhang mit dem Betriebskredit, den das

Parlament bewilligen müsste, werden diese Fragen sowieso wieder auf die politische Agenda kommen. Wofür es jetzt noch einen zusätzlichen umfassenden Bericht braucht, ist für uns nicht ganz klar. Deshalb hat das Postulat in der Fraktion durchaus Fragezeichen ausgelöst. Gleichzeitig ist aber schon hervorzuheben, dass die Zusammenarbeit zwischen der Bibliothek und dem Gemeinderat ausgezeichnet funktioniert. Im ganzen Umzugsprojekt ist die Bibliothek von Anfang an einbezogen worden und kann ihre Anliegen einbringen, so dass der neue Standort dann sicher auch praxistauglich sein wird. Die Bibliothek Rüfenacht einerseits ist selbstverständlich bereit, die Erarbeitung des geforderten Berichts aktiv zu unterstützen, falls das Postulat für erheblich erklärt werden sollte. Um das Engagement des Gemeinderates für die Bibliothek zu honorieren und weil uns die Bibliothek schon auch am Herzen liegt, hat die SP-Fraktion schlussendlich beschlossen, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und das Postulat für erheblich zu erklären.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Man kann eigentlich sagen, Adrian, bis fast am Schluss des Votums hast du mir ganz aus dem Herz gesprochen. Wir haben uns das auch überlegt in der SVP-Fraktion, das Trägerorgan der Bibliothek ist ja der Verein rund um Adrian Hodler, wir gehen da sehr, sehr stark davon aus, dass die Vereinstätigkeit sich nicht nur um den Betrieb kümmert, sondern auch um Ideen, was man alles anbieten könnte oder möchte, in dieser Bibliothek. Strategische Ausrichtung heisst hier das Zauberwort. Wir sehen dort den Trägerverein im Lead, der bei Bedarf mit der Gemeinde in Kontakt tritt und wie wir jetzt von Adrian gehört haben, sind da sehr, sehr viele Themen und die Verbindung zur Gemeinde ist da. Zumindest wir, Adrian, haben in dich und den Verein vollstes Vertrauen. Wir brauchen kein Papiertiger und kein Vorstoss wir werden für nicht erheblich stimmen.

Beschluss:

Das Postulat der Grüne-Fraktion mit dem Titel "Weiterentwicklung der Bibliothek Rüfenacht nach einem Umzug ins Zentrum" wird mit Stichentscheid des Präsidenten mit 19 zu 18 Stimmen bei 1 Enthaltung als nicht erheblich erklärt.

"Tramlinie 6 - abendlicher 15-Minuten-Takt bis Rüfenacht (und Worb)", Postulat der Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 9	Beschlussnummer 2025/28-95	Geschäftsnummer 40265	Archivnummer 31/40
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Kühni Reto, Grüne: Jeden Abend ab 9 Uhr sowie am Sonntagvormittag bis um 9 Uhr verkehrt das Tram von der Linie 6, also das blaue "Bändli" zwischen Bern und Gümligen im Viertelstundentakt, davon kehrt jedes zweite Fahrzeug in der Wendeschleife im Siloah, so dass nur alle halbe Stunde ein Tram bis nach Worb fährt. Die Verbindungen im Halbstundentakt passen in Gümligen, aber nicht auf die Abfahrtszeiten der S-Bahn Richtung Thun und Langnau. Zum Beispiel dauert die Reise tagsüber von Worb nach Thun rund 35 Minuten. Am Abend und am Sonntagvormittag muss man in Gümligen aber 20 Minuten warten und die Zeit steigt so auf fast eine Stunde. Das gleiche gilt auch für die Gegenrichtung. Aktuell wenden die Trams in der Wendeschleife im Siloah und warten nachher etwa 7 Minuten, bis sie wieder in die Gegenrichtung losfahren. Mit den neuen Zweirichtungsfahrzeugen ist die Nutzung der Wendeschleife aber gar nicht mehr notwendig und die Zeit würde reichen, einfach bis Rüfenacht zu fahren und dort zu drehen. Die Fahrzeuge kreuzen im Viertelstundentakt sowieso in Rüfenacht. So, dass das genau mit dem Fahrplan übereinstimmen würde. Mit dem kann man wenigstens bis Rüfenacht einen durchgehenden Viertelstundentakt anbieten. Weiter warten alle Fahrzeuge, die nach einer halben Stunde nach Worb fahren, rund 20 Minuten in Worb und sonst wären sie um die gleiche Zeit wieder im Siloah, wie das, was gedreht hat. Die Wartezeit bedeutet, dass ein durchgehender Viertelstundentakt bis nach Worb gar nicht mehr Personal oder Fahrzeuge erfordern würde, die Tram müsste nur bis nach Worb fahren, anstatt unterwegs zu drehen. In einem früheren Postulat aus dem Jahr 2019 haben wir den Gemeinderat schon dazu aufgefordert, einen Viertelstundentakt bis nach Worb einzufordern, das ist aber ohne Erfolg geblieben bis jetzt. Mit dem neuen Postulat fordern wir jetzt den Gemeinderat auf, eine Zwischenlösung einzufordern, sodass die Trams wenigstens am Abend und am Wochenende im Viertelstundentakt bis nach Rüfenacht fahren. Ich bitte euch, dem Postulat zuzustimmen und es als erheblich zu erklären.

Günther Charlotte, SP: Das vorliegende Postulat der grünen Fraktion greift das Thema auf, wo wir in Worb schon länger kennen und wo gerade die, die eben am Abend oder am Sonntagmorgen mit dem ÖV unterwegs sind, bestens vertraut sind mit. In den letzten Jahren hat es keine signifikante Verbesserung in der Anbindung auf Bern am Abend bzw. Sonntagmorgen gegeben und ja, also zum Beispiel der Anschluss von Worb an das Publibike-System, das ja unter anderem eine deutlich grössere Flexibilität gerade in den Abendstunden gewährleistet hätte, ist vom Parlament abgelehnt worden. Auch die Forderung, die sich explizit auf den Takt vom nicht mehr ganz so blauen Bändli bezieht, haben wir, wie gerade auch schon gehört, ist auch noch nicht umgesetzt worden. Die vorgeschlagene Lösung, die wir jetzt haben mit einem 15-Minuten-Takt bis auf Rüfenacht statt Siloah, ist aus Sicht der SP-Fraktion eine intelligente Teillösung, die wir gerne unterstützen. Wir würden gerne einfach noch darauf hinweisen, dass diese Forderung einen dichteren Abendtakt bis auf Worb nicht abschwächen sollte, sondern im Fall einer Erheblicherklärung eher bestärken sollte und auch in dem Sinn vom Gemeinderat gegenüber der Regionalkonferenz vertreten werden sollte.

Spahr Daniela, GLP: Als wir das Anliegen in der Fraktion diskutierten, hatte jeder von uns eine Geschichte auf Lager, als er einmal am Abend ungewollt im Siloah gestrandet ist. Die einen sind nachher gelaufen. Wenn ich bis ins Langenloh laufe, dann komme ich im Langenloh an, wenn das nächste Bändli dort ankommt, also es lohnt sich eher mindestens als Investment in meine Gesundheit oder so, aber ja, manchmal wäre es dann trotzdem angenehmer, das Bändli zu nehmen. Wir halten es, auch im Sinn einer Standortattraktivität, über das reden wir ja auch immer wieder ein bisschen, für ein gutes Anliegen und möchten auch daran erinnern, dass man dann auf der anderen Bändli-Linie Bolligen, auch so ein Thema hat und vielleicht dann auch das Mal anschauen müsste, dort wenden ja gewisse Bändli auch am Abend, ich habe es jetzt nicht so genau untersucht wie du. Manchmal muss man bei bestimmten Vorhaben mehr als nur den ganz ordentlichen, ich nenne es jetzt einmal bürokratischen Weg einschlagen, wenn man ein bisschen Dringlichkeit erzeugen will. Und ich habe gelesen, 2019 und 2024 haben wir ja auch schon über das geredet und ich weiss nicht, ich habe das Gefühl, wir haben auch schon vor 20 Jahren einmal über das Thema geredet, aber vielleicht ist es nicht so. Wir würden ein bisschen dazu anregen, dass man vielleicht noch versucht, die eine oder andere Schlaufen zu drehen mit einem persönlichen Gespräch oder vielleicht noch ein bisschen weiter geht als nur der ganz, ganz ordentliche Weg, um da mal ein bisschen Dringlichkeit zu erzeugen. In diesem Sinn unterstützen wir das Ganze.

Hager Rolf, FDP: Keine Angst, ich fasse mich kurz. Die FDP dankt den Grünen, das ist ein schlaues Anliegen, das sie dort einmal haben. Der öffentliche Verkehr ist sehr wichtig und in Anbetracht der Bautätigkeit, die wir in Rüfenacht haben, die wir aber in der Braui Worb haben, wo es ein grosses Projekt gibt, das heisst auch, es kommen Einwohner nach Worb oder es ist zu hoffen, dass dort auch Zahlungskräftige kommen und das ist ein Argument, dass die Leute nach Worb kommen, wenn man einen guten ÖV-Anschluss hat und das ist wirklich schlaue Überlegung. Die Argumentation ist dort richtig und die Fraktion der FDP unterstützt das Postulat.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Man kann ja jeden Tag etwas lernen und ich persönlich habe im Vorfeld eigentlich mehr oder weniger nur per Zufall mit Rüfenachter Kontakt gehabt. Die mir eigentlich genau das bestätigt haben, was die Befürworter für die Vorlage hier auch dargelegt haben und es nützt jetzt hier innen logischerweise alles zusammen nichts, ich weiss es schon, aber ich möchte hier gleich gesagt haben, dass es eben sehr wichtig wäre, wenn alle Ortsteile von dieser Gemeinde, engagierte Menschen hätten, in allen Parteien und Fraktionen, die eigentlich jeweils die Sicht aus diesen verschiedenen Ortsteilen auf die Sache eben einbringen können. Und das würde ja auch zu einer ganz qualitativ hochstehenden politischer Entwicklung führen, in dieser Gemeinde. In diesem Sinn unterstützen wir das Vorhaben selbstverständlich auch und Daniela, es ist so, ich bin voll deiner Meinung, wenn man etwas erreichen will, muss man manchmal ein bisschen mehr kämpfen und noch bereit sein, eine Zusatzschleife zu drehen, auch wenn die Tramschleife auch dreht, drehen wir jetzt auch noch eine Zusatzschleife, haben den "Gring" noch einmal runter und "seklä", ja für den Vorstoss.

Beschluss:

Das Postulat der Grüne-Fraktion mit dem Titel "Tramlinie 6 – abendlicher 15-Minuten-Takt bis Rüfenacht (und Worb)" wird grossmehrheitlich als erheblich erklärt.

"Sicherheit und Durchgangsverkehr: Nimmt die Gemeinde ihre Verantwortung wahr?", Interpellation der SP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 10	Beschlusnummer 2025/28-96	Geschäftsnummer 40004	Archivnummer 56/13/0
--------------------	---------------------	------------------	------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Marthaler Matthias, SP: Auch da kurzum, wir sind bedingt befriedigt. Aber in Anbetracht der Tatsache, dass jetzt die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen anfängt, werden wir das Ganze abwarten und im Auge behalten, wie das unsere Aufgabe ist hier drin.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SP-Fraktion mit dem Titel "Sicherheit und Durchgangsverkehr: Nimmt die Gemeinde ihre Verantwortung wahr?" wird zur Kenntnis genommen.

Motion der Grüne-Fraktion mit dem Titel "Grüne Oasen statt Betonwüste - Baumbepflanzungen auf Einstellhallen verbindlich regeln"

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 11	Beschlusnummer 2025/28-97	Geschäftsnummer 40855	Archivnummer 31/0/1
--------------------	---------------------	------------------	------------------------------	--------------------------	------------------------

"Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament eine Änderung des Baureglements vorzulegen, welche sicherstellt, dass bei Bauvorhaben mit unterirdischen Bauten (insbesondere Einstellhallen) die ökologische Qualität, die Versickerungsfähigkeit und die Beschattung des Aussenraums durch Grossgehölze gewährleistet wird. Nachfolgende Eckpunkte sind im Reglement zu verankern:

1. Verbindlichkeit der SIA-Norm 318: Die Gestaltung und Ausführung von Begrünungen auf unterbauten Flächen hat zwingend nach den anerkannten Regeln der Technik gemäss SIA-Norm 318 (Garten- und Landschaftsbau) zu erfolgen.
2. Mindestüberdeckung für Bäume: Um das Gedeihen von einheimischen Grossgehölzen zu ermöglichen, ist für Baumstandorte auf unterirdischen Bauten eine nutzbare Substratstärke von mindestens 80 bis 100 cm (exklusive Drainage- und Schutzschichten) vorzuschreiben.
3. Qualitative Anrechnung an die Grünflächenziffer: Flächen über unterirdischen Bauten dürfen nur dann an die erforderliche Grünflächenziffer angerechnet werden, wenn sie eine für Bäume ausreichende Überdeckung aufweisen und fachgerecht intensiv begrünt werden.
4. Pflanzpflicht: Pro definierte Anzahl an unterirdischen Parkplätzen (Richtwert: alle 6 bis 8 Plätze) ist mindestens ein standortgerechter, einheimischer Baum auf dem Garagendeckel oder im direkten Umfeld zu pflanzen.
5. Versiegelungsstopp: Die Oberflächengestaltung über Unterbauungen ist primär unversiegelt (humusiert / bepflanzt) auszuführen, um die natürliche Verdunstung und Kühlung zu fördern.

Begründung: In Zeiten zunehmender Hitzesommer leiden versiegelte Siedlungsgebiete besonders stark unter dem "Heat-Island-Effekt". Da Tiefgaragen in Worb oft grosse Teile der Parzellen einnehmen, geht wertvoller Lebensraum verloren, wenn diese nur mit minimalen Erdschichten bedeckt werden, die lediglich Rasen zulassen. Die Technik für "Bäume auf dem Dach" ist ausgereift. Mit dem Verweis auf die SIA-Norm 318 schaffen wir Rechts- und Planungssicherheit für Architekten und Investoren. Eine ausreichende Erdüberdeckung wirkt zudem als natürlicher Wasserspeicher (Schwammstadt-Prinzip) und entlastet bei Starkregen die Kanalisation. Diese Massnahme ist eine Investition in die langfristige Wohnqualität und Klimaresilienz unserer Gemeinde."

Motion der SP-Fraktion mit dem Titel "Frühförderung: Flächendeckende Sprachstandserhebung"

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 12	Beschlusnummer 2025/28-98	Geschäftsnummer 40856	Archivnummer 41/82
--------------------	---------------------	------------------	------------------------------	--------------------------	-----------------------

"Die Fraktion der SP Worb stellt fest, dass frühe Sprachförderung den Einstieg in Kindergarten und Schule deutlich erleichtert und soziale Chancengerechtigkeit stärkt. Studien und Praxisbeispiele zeigen, dass verpflichtende, frühzeitige Deutschförderung und gut koordinierte Angebote die Chancen für einen geglückten Schulstart signifikant erhöhen und langfristig Bildungs- und volkswirtschaftliche Vorteile bringen. Eine flächendeckende Sprachstandserhebung, wie in der Stadt Bern (Projekt "Deutschkenntnisse von Vorschulkindern" – Deutsch 1), ermöglicht den Eltern und verantwortlichen Stellen, früh die optimalen Massnahmeneinzuleiten, die für eine erfolgreiche Schulzeit notwendig sind. Die Eltern übernehmen Verantwortung und ihnen werden die schulischen Grundanforderungen aufgezeigt, die für ihre Kinder gelten. Der Einbezug der Eltern wirkt sich präventiv auf Schulabsentismus und mögliche Schulabbrüche aus. Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Einführen einer flächendeckenden, standardisierten Sprachstandserhebung Durchführung einer verpflichtenden, altersgerechten Sprachstandserhebung aller Kinder mindestens 1 Jahr vor dem Kindertageeintritt; Erhebungsergebnis ist Grundlage für Förderentscheidungen.
2. Aufbau und Finanzierung zielgerichteter Frühförderangebote sicherstellen, dass die Kinder mit Förderbedarf an einem qualifizierten Angebot zur Sprachförderung teilnehmen können. Bereits bestehende Angebote sollen genutzt und nötigenfalls ausgebaut werden.
3. Berichterstattung und Auswertung Prüfung bestehender Erhebungsinstrumente und Ausweitungsmöglichkeiten. Ist es konkret möglich, das Verfahren, welches die Stadt Bern nutzt, auch für Worb zu übernehmen?"

Interpellation der Grüne-Fraktion mit dem Titel "Nutzung Waldfläche als Parkplatz auf Liegenschaft Worb 627/Parzelle 1787 (Bİglenstrasse 505-507a in Enggistein.)"

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 13	Beschlussnummer 2025/28-99	Geschäftsnummer 40857	Archivnummer 35/20
--------------------	---------------------	------------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

"Wir bitten den Gemeinderat um Beantwortung nachfolgender Fragen betreffend der Parkplatznutzung auf der Parzelle. 1787 in Enggistein. Gemäss öffentlich zugänglichen Informationen (Geoportal Kanton Bern) befindet sich auf dem betroffenen Grundstück ein Bereich, der als Wald ausgeschieden ist. Dieser Bereich wird seit längerer Zeit als Parkplatz genutzt, ist geteert, teilweise befestigt und als Firmen-Parkplätze beschriftet. Vor diesem Hintergrund stellen sich für uns folgende Fragen:

1. Ist die heute als Parkplatz genutzte Fläche auf der Parzelle 1787 ganz oderteilweise als Wald im Sinne der eidgenössischen oder kantonalen Waldgesetzgebung ausgeschieden?
2. Welche Bewilligungen sind für die Nutzung der Fläche als Firmenparkplatz erforderlich?
3. Wurde für die bestehende Nutzung eine Baubewilligung beziehungsweise eine Rodungs- oder Ausnahmebewilligung erteilt?
 - Falls ja: wann; und durch wen?
4. Welche kantonalen oder kommunalen Behörden sind bei entsprechenden Verfahren zuständig?
5. Unter welchen gesetzlichen Voraussetzungen können befestigte Firmenparkplätze auf Waldflächen oder auf als Wald ausgeschiedenen Flächen bewilligt werden?
6. Wurde im vorliegenden Fall ein Waldersatz beziehungsweise eine Ersatzaufforstung verlangt oder umgesetzt?
 - Falls ja: Ort, Umfang und Umsetzungszeit?
 - Falls nein: weshalb nicht?
7. Entspricht die heutige Nutzung der Fläche nach Auffassung des Gemeinderates den geltenden Bestimmungen des Wald-, Raumplanungs- und Baurechts?
8. Welche Behörden kontrollieren die Einhaltung der Waldgesetzgebung sowie von Rodungs- und Ausnahmebewilligungen in solchen Fällen?
9. Welche Möglichkeiten bestehen, falls sich nachträglich herausstellen sollte, dass eine Nutzung oder Befestigung auf Waldfläche nicht rechtskonform erfolgt ist?
10. Unter welchen Voraussetzungen kann in solchen Fällen die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes verlangt werden?
11. Welche Praxis verfolgt die Gemeinde Worb allgemein bei Nutzungsänderungen oder Befestigungen auf Waldflächen oder in unmittelbarer Waldnähe?

Begründung: Die Waldgesetzgebung schützt Waldflächen besonders streng. Dauerhafte Nutzungsänderungen und Befestigungen von Waldböden bedürfen grundsätzlich einer klaren gesetzlichen Grundlage sowie entsprechender Bewilligungen. Im öffentlichen Interesse erscheint deshalb eine Klärung der rechtlichen Situation angezeigt."

Interpellation der Grüne-Fraktion mit dem Titel "Umsetzungsstand der PV-Postulate und strategische Ausrichtung"

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 14	Beschlussnummer 2025/28-100	Geschäftsnummer 40858	Archivnummer 37/1
--------------------	---------------------	------------------	--------------------------------	--------------------------	----------------------

"Begründung: Mit der Überweisung der Postulate "Photovoltaik auf kommunalen Gebäuden" (15.05.2023) und "Photovoltaik auf Parkplätzen" (14.11.2022) hat das Parlament den Willen zum Ausdruck gebracht, das solare Potenzial auf gemeindeeigenen Flächen systematisch und umfassend zu nutzen. Der Ausbau erfolgt bislang jedoch mehrheitlich reaktiv im Zuge von Sanierungen. Ein systematischer, zeitlich abgestimmter Ausbau ist nicht erkennbar. Ohne einen verbindlichen Fahrplan besteht die Gefahr, dass vorhandene Potenziale verzögert oder nur teilweise genutzt werden. Zudem werden Anlagen häufig auf den Eigenverbrauch hin optimiert, obwohl moderne PV-Module eine deutlich höhere Flächennutzung ermöglichen würden. Dies steht in einem Spannungsfeld zur Vorbildfunktion der Gemeinde sowie zu den langfristigen energie- und klimapolitischen Zielsetzungen. Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen zur strategischen Ausrichtung, zur Ausschöpfung des vorhandenen Potenzials sowie zum Umgang mit künftigem Überschussstrom. Fragen:

1. Umsetzungsstand Postulat "Photovoltaik auf kommunalen Gebäuden" (15.05.2023)
 - Welche konkreten Projekte (inkl. Standort, Leistung und Zeitplan) wurden seit der Überweisung beschlossen oder befinden sich in Umsetzung?
 - Bei welchen gemeindeeigenen Gebäuden wurde das PV-Potenzial seit 2023 systematisch geprüft und mit welchem Ergebnis (geeignet / nicht geeignet / zurückgestellt)?
 - Verfügt der Gemeinderat über einen verbindlichen Fahrplan für den systematischen PV-Zubau auf allen geeigneten Gemeindebauten oder erfolgt der Ausbau weiterhin primär im Rahmen von Sanierungen? Falls kein solcher Fahrplan besteht: aus welchen Gründen?
2. Umsetzungsstand Postulat "Photovoltaik auf Parkplätzen" (14.11.2022)
 - Welche Parkplatzstandorte wurden seit 2022 konkret hinsichtlich PV-Carports geprüft?
 - Mit welchen Ergebnissen wurden diese Prüfungen abgeschlossen (geeignet / nicht geeignet / zurückgestellt)?
 - Welche konkreten Projekte sind aktuell in Planung oder Umsetzung? Wurden Standorte verworfen und wenn ja, aus welchen Gründen?
3. Strategische Ausrichtung: Vollbelegung versus Eigenbedarfs-Optimierung
 - Hat der Gemeinderat eine strategische Vorgabe zur maximalen Nutzung geeigneter Dach- und Parkplatzflächen (Vollbelegung) beschlossen?
 - Oder werden Anlagen weiterhin primär auf den aktuellen Eigenverbrauch einzelner Gebäude dimensioniert?
 - Wurden seit 2023 Anlagen bewusst nicht voll belegt? Wenn ja, bei welchen Objekten und aus welchen Gründen?
 - Wie wird sichergestellt, dass bei Sanierungen das gesamte geeignete Potenzial ausgeschöpft wird, auch wenn die Produktion den Eigenbedarf zeitweise übersteigt?
4. Umgang mit Überschussstrom und Sektorkopplung
 - Welche konkreten Massnahmen oder Projekte verfolgt der Gemeinderat zur Nutzung von strukturellem Überschussstrom (z. B. lokale Elektrizitätsgemeinschaften, Zusammenschlüsse zum Eigenverbrauch)?
 - Wurden seit 2023 entsprechende Abklärungen durchgeführt? Wenn ja, mit welchen Resultaten und Partnern?
 - Wird bei der Planung berücksichtigt, dass zukünftige Grossverbraucher (z.B. Wärmepumpen, kommunale E-Flotten) diesen Strom mittelfristig nutzen könnten?
5. Finanzierung und Kooperationen
 - Wurden seit 2023 konkrete Modelle wie Contracting oder Bürgerbeteiligungen geprüft oder umgesetzt?
 - Mit welchen Partnern wurden diesbezüglich Gespräche geführt und mit welchem Stand?

6. Zielgrössen und Monitoring

- Wie hoch ist die aktuell installierte PV-Leistung (kWp) auf gemeindeeigenen Flächen?
- Welches Ausbauziel verfolgt der Gemeinderat bis 2030?
- Wie wird der Fortschritt beim PV-Ausbau systematisch erfasst und öffentlich zugänglich gemacht (z.B. installierte Leistung, Jahresproduktion, Zielpfad)?"

Interpellation der SP-Fraktion mit dem Titel "Hitze-Management an den Schulen Worb - Schutz von Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen"

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 15	Beschlussnummer 2025/28-101	Geschäftsnummer 40859	Archivnummer 16/31/0
--------------------	---------------------	------------------	--------------------------------	--------------------------	-------------------------

"Die Berner Zeitung berichtete am 29. Mai 2026 über die zunehmenden Herausforderungen durch hohe Temperaturen und den Umgang mit Hitzewellen im Kanton Bern. Gemäss Artikel existiert kantonal ein «Management Extremereignis Hitzewelle», dessen Massnahmen ab Stufe 3 und 4 aktiviert werden. Gleichzeitig setzt die Bildungs- und Kulturdirektion (BDK) auf die Eigenverantwortung der Schulleitungen, welche flexibel Massnahmen zum Schutz von Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen ergreifen sollen. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Kantonale Grundlagen und Stufenmodell
 - Wie definiert der Kanton Bern die Stufen 3 und 4 im «Management Extremereignis Hitzewelle» und ab welchen Temperaturen werden diese Stufen ausgelöst?
 - Welche konkreten kantonalen Vorgaben gelten für Schulen ab diesen Stufen?
2. Handlungsspielraum der Worber Schulen
 - Über welche konkreten Möglichkeiten verfügen die Schulen Worb, um bei Hitze eigenständig Massnahmen zu ergreifen?
 - Verfügen die Schulen Worb über einen institutionalisierten Hitzeplan?
 - Welche Unterstützung erhalten Lehrpersonen durch die Schulleitungen bei der Umsetzung von Hitzeschutzmassnahmen?
3. Unterrichtsorganisation bei hohen Temperaturen
 - Welche Unterrichtsformen stehen Lehrpersonen zur Verfügung, um flexibel auf Hitze zu reagieren?
 - Sind für solche alternativen Unterrichtsformen genügend Lehr- und Begleitpersonen verfügbar, insbesondere in den unteren Zyklen?
4. Umsetzung der kantonalen Empfehlungen
 - 4.1 Lüftung, Beschattung und Gebäudestandard
 - Wie sieht das Lüftungsmanagement in den Worber Schulhäusern aus?
 - Können die Schulzimmer ausreichend vor direkter Sonneneinstrahlung geschützt werden?
 - Sind die Schulhäuser ausreichend isoliert, um Hitzeperioden zu bewältigen?
 - 4.2 Körperliche Belastung
 - Weshalb wurden der Maibummel und der Sporttag des WoBo bei Temperaturen von 28 bis 30 Grad durchgeführt, obwohl kantonal empfohlen wird, körperliche Anstrengung während der heissesten Stunden zu vermeiden?
 - 4.3 Unterricht im Freien und Homeoffice
 - Gibt es rund um die Schulhäuser genügend Schattenplätze, um Unterricht nach draussen zu verlegen?
 - Wie wird mit der Tatsache umgegangen, dass Homeoffice-Phasen nur im 3. Zyklus realistisch umsetzbar sind?
 - 4.4 Leistungserwartungen
 - Ist es realistisch, die Leistungserwartungen während Hitzeperioden anzupassen?
 - Wie soll dies umgesetzt werden, wenn künftig längere Hitzeperioden, beispielsweise überein ganzes Quartal, auftreten?

5. Raumklima, Lernleistung und bauliche Massnahmen

Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) weist darauf hin, dass die Lernleistung bei Temperaturen über 26 Grad sinkt. Wo Beschattung, Nachtauskühlung, Begrünung oder geeignete Bauweisen nicht ausreichen, sei aktive Raumkühlung notwendig.

- Wie beurteilt der Gemeinderat die Situation in den Worber Schulhäusern hinsichtlich Beschattung, Nachtauskühlung, Begrünung und baulicher Standards?
- Teilt der Gemeinderat die Einschätzung, dass in vielen Worber Schulhäusern diese Massnahmen nicht ausreichen?
- Welche baulichen oder technischen Massnahmen, beispielsweise aktive Raumkühlung, plant die Gemeinde Worb, um die Lern- und Arbeitsbedingungen bei Hitze langfristig sicherzustellen?

6. Schlussfrage

- Wie stellt die Gemeinde sicher, dass die Schulen Worb angesichts zunehmender Hitzewellen kurzfristig handlungsfähig und langfristig klimatauglich bleiben?"

Interpellation der SP-Fraktion mit dem Titel "Sommerlicher Hitzeschutz in öffentlichen Gebäuden"

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 16	Beschlussnummer 2025/28-102	Geschäftsnummer 40860	Archivnummer 32/0
--------------------	---------------------	------------------	--------------------------------	--------------------------	----------------------

"Wie häufig in den letzten Jahren wurden auch diesen Sommer temperaturmässig wieder Rekorde geknackt. Gemäss den Klimaszenarien des Bundes sind wir noch keineswegs am Ende angekommen. Sowohl die Anzahl der Hitzetage wie auch die Tropennächte (Temperatur nicht unter 20°C) werden bis Mitte des Jahrhunderts deutlich zunehmen. Hohe Temperaturen in den Gebäuden reduzieren das Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit der Personen im Gebäude. Die Sicherstellung eines angenehmen Raumklimas wird somit in Zukunft zentral sein. Aus Sicht der SP ist der sommerliche Hitzeschutz von Gebäuden primär mit baulichen Massnahmen (Wärmedämmung, Beschattung, etc.) und der Nutzung (Lüftungsregime, etc.) zu erreichen. Die Installation von Klimageräten sollte aus energetischen Gründen erst die letzte Massnahme darstellen. Diese bauliche Anpassung der gemeindeeigenen Gebäude ist eine Generationenaufgabe, welche entsprechend eine strategische Planung erfordert. Der Gemeinderat wird daher gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten.

1. Wie wird der sommerliche Hitzeschutz in den Gebäuden der Gemeinde (Verwaltung, Werkhof, Schulen, Kindergärten, Tagesschule) aber auch in den weiteren Öffentlichen Gebäuden (z.B. Altersheimen) beurteilt? In welchen Gebäuden ist der Hitzeschutz und damit auch die Innentemperaturen im Sommer ausreichend und in welchen Gebäuden mangelhaft? Es wird um gebäudespezifische Angaben gebeten.
2. Teilt der Gemeinderat die Prioritäten der SP zur Umsetzung des sommerlichen Hitzeschutzes und welche Massnahmen sieht der Gemeinderat als prioritär?
3. Hat der Gemeinderat eine Strategie, wie die gemeindeeigenen Gebäude für die zunehmenden Hitzeperioden aufgerüstet werden sollen? Bis wann beabsichtigt der Gemeinderat, den sommerlichen Hitzeschutz in allen Gebäuden der Gemeinde sicherzustellen?
4. Der sommerliche Hitzeschutz wird auch im privaten Bereich an Bedeutung gewinnen. Existieren von Bund oder Kantonen entsprechende Hilfsmittel für Bauherrschaften, wie sie dies umsetzen können? Wenn nein, ist der Gemeinderat bereit, entsprechende Dokumente zu erarbeiten und der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen?"

Einfache Anfrage der FDP-Fraktion mit dem Titel "Zoneneinteilung des öffentlichen Verkehrs auf dem Gemeindegebiet Worb"

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 17	Beschlussnummer 2025/28-103	Geschäftsnummer 40861	Archivnummer 31/40
--------------------	---------------------	------------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

"Auf dem Gemeindegebiet Worb verläuft die Zonengrenze des öffentlichen Verkehrs innerhalb der Gemeinde. Dies führt dazu, dass bereits für kurze Fahrten — beispielsweise zwischen Rüfenacht und Worb - ein zusätzlicher Zonenzuschlag anfällt und damit verhältnismässig hohe Fahrkosten entstehen. Beispiel: Eine Fahrt mit der Linie T6 von Rüfenacht nach Worb Dorf kostet Fr. 3.- (Halbtax) wogegen die Fahrt von nur einer Station weiter oben in Langenloh aus Fr. 2.- (Halbtax) kostet. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die heutige Zoneneinteilung des öffentlichen Verkehrs auf dem Gemeindegebiet Worb hinsichtlich Nutzerfreundlichkeit und Attraktivität des öffentlichen Verkehrs?

2. Welche Zuständigkeiten und Einflussmöglichkeiten hat die Gemeinde Worb gegenüber den zuständigen Stellen bezüglich Anpassungen der Zonengrenzen?
3. Hat sich der Gemeinderat in der Vergangenheit bereits für Anpassungen der Zoneneinteilung eingesetzt oder entsprechende Abklärungen vorgenommen? Falls ja, mit welchem Ergebnis?
4. Welche Voraussetzungen müssten erfüllt sein, damit eine Anpassung der Zonengrenze geprüft oder umgesetzt werden könnte?
5. Ist der Gemeinderat bereit, gemeinsam mit den zuständigen Stellen Möglichkeiten zu prüfen, wie die Tarifstruktur für kurze Fahrten innerhalb beziehungsweise am Rand des Gemeindegebiets attraktiver gestaltet werden könnte?

Begründung: Eine attraktive und nachvollziehbare Tarifstruktur ist ein wichtiger Faktor für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs. Insbesondere bei kurzen Fahrten innerhalb oder zwischen eng verbundenen Ortsteilen kann eine Zonengrenze zu unverhältnismässig hohen Kosten führen und damit die Nutzung des öffentlichen Verkehrs erschweren."

Einfache Anfrage der SP-Fraktion mit dem Titel "Standortmarketing auf dem Abstellgleis?"

Sitzung Nr. 439	Datum 22.06.2026	Traktandum 18	Beschlussnummer 2025/28-104	Geschäftsnummer 40862	Archivnummer 31/62
--------------------	---------------------	------------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

"Im Frühling 2023 hat der Gemeinderat eine nichtständige Kommission zum Thema "aktives Standortmarketing" eingesetzt. Die SP Worb hat erwartet, dass dadurch das Standortmarketing der Gemeinde Worb auf der Prioritätenliste des Gemeinderats nach oben klettern und konkrete Massnahmen ergriffen würden. Ein Blick in den Verwaltungsbericht 2025 fällt allerdings recht ernüchternd aus: Die nichtständige Kommission hat einmal getagt. Weitere Aktivitäten zum Thema Standortmarketing sind nicht ersichtlich. Der Gemeinderat wird daher gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten.

1. An der Sitzung der nichtständigen Kommission aktives Standortmarketing vom 2. Juni 2025 wurde beschlossen, dass die nächste Sitzung der Kommission im März 2026 stattfinden solle. Eine solche Sitzung wurde bis dato nicht einberufen. Gibt es einen spezifischen Grund, weshalb die Kommission (noch) nicht zu einer Sitzung eingeladen wurde?
2. Welche Erkenntnisse hat der Gemeinderat aus der Arbeit der nichtständigen Kommission aktives Standortmarketing bisher gewonnen?
3. Beabsichtigt der Gemeinderat, die Arbeit der nichtständigen Kommission weiterzuführen? Wenn ja, mit welcher Regelmässigkeit? Wenn nein, weshalb nicht?
4. Welche Bedeutung misst der Gemeinderat einem aktiven Standortmarketing im Allgemeinen zu?
5. Sind in nächster Zeit konkrete Tätigkeiten, Massnahmen usw. geplant, um das Standortmarketing der Gemeinde Worb zu fördern bzw. weiterzuentwickeln?"

Andy Marchand
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 7. September 2026

Jürg Bigler
Sekretär